

Gegen jeglichen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, gerade auch in den Gewerkschaften!

Dokumente und Materialien

**von kritischen Mitgliedern der
IG BAU, IG Metall, ver.di und GEW**

- **Protest gegen Denunziationen und Baustellenrazzien der IG BAU gegen KollegInnen aus anderen Herkunftsländern**
- **Protest gegen die nationalistisch-antisemitische „Heuschrecken“-Hetze von IG Metall und ver.di**
- **Protest gegen das Beharren auf dem Besitz eines „arisierten“ Hauses der GEW Hamburg**
- **Protest gegen das deutsch-nationalistische DGB-Plakat „1a Deutsche Muskelarbeit“**

Zusammengestellt von:

**GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion**

Inhalt

Vorbemerkung	S. 3
Dokumente und Materialien	S. 6
1. IG BAU: Protest gegen Denunziationen und staatliche „Razzien“ gegen KollegInnen aus anderen Herkunftsländern	S. 5
• Diskussionspapier: „Unsere Regeln taugen nichts!“	S. 6
2. IG-Metall: Protest gegen das antisemitische Titelbild der „metall“-Ausgabe vom Mai 2005	S. 12
• Offener Brief der leoperutz-liste an die IG-Metall	S. 13
• Leserbrief von Jochen Gerster im Auftrag des Arbeitskreises Internationalismus der IG-Metall-Verwaltungsstelle Berlin	S. 14
3. ver.di: Protest gegen die nationalistisch-antisemitische „Heuschrecken“-Hetze	S. 16
• Beschluss des Bundesjugendvorstandes der ver.di Jugend zur Broschüre „Finanzkapitalismus. Geldgier in Reinkultur“	S. 17
• Kritische Anmerkungen der „Finanzkapital AG“ beim ver.di-Bezirk Stuttgart: „Mensch, denk weiter! ‚Heuschrecken‘ sind keine Erklärung ...“	S. 18
• Die üble Antwort der VerfasserInnen der ver.di-Broschüre „Finanzkapitalismus. Geldgier in Reinkultur“ auf die Kritik „Mensch, denk weiter! ‚Heuschrecken‘ sind keine Erklärung ...“	S. 26
• Collage mit antisemitischen Abbildungen aus der Broschüre von ver.di „Finanzkapitalismus. Geldgier in Reinkultur“	S. 27
4. GEW: Protest gegen das Beharren auf dem Besitz eines „arisierten“ Hauses der GEW Hamburg	S. 28
• Erklärung der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Sonderpädagogik vom 15.12.2008	S. 29
• Offener Brief von Mitgliedern AG Ro 19 der GEW Hamburg: „Darf eine Gewerkschaft arisiertes Eigentum behalten?“	S. 30
5. DGB: Erfolgreicher Protest gegen DGB-Plakat „1a Deutsche Muskelarbeit“	S. 31
• Zurückgezogenes Plakat des DGB	S. 32
• Erklärung der Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen (AgF) Marburg – DGB Mittelhessen: „Standortnationalismus statt internationale Solidarität?“	S. 33
6. Auszug aus dem Buch „Volksgemeinschaft statt Kapitalismus – Zur sozialen Demagogie der Neonazis“	S. 35

Vorbemerkung

Wenn es Proteste gegen Nazis gibt, dann beteiligen sich zusammen mit Antifas immer wieder auch GewerkschafterInnen der DGB-Gewerkschaften, u. a. aus der IG BAU, IG Metall, ver.di und GEW. Zumeist sind es lokale Gliederungen und vor allem auch junge GewerkschafterInnen. Ja, es gibt sogar ab und an unter dem Einfluss engagierter GewerkschafterInnen „zentral“ organisierte Seminare und Konferenzen „gegen rechts“. Trotz schön klingender Sonntagsreden „gegen rechts“ von Seiten der Gewerkschaftsführung wird diesen antifaschistischen Aktivitäten in Wirklichkeit gegenwärtig immer mehr der Geldhahn zugedreht.

Aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Von Seiten der Gewerkschaftsführung und ihren Organen werden gleichzeitig in großem Maßstab zentral und gezielt Positionen verbreitet, die selbst „rechts“, die nationalistisch, chauvinistisch und antisemitisch sind – und dies gegen teilweise massive Kritik von innerhalb und außerhalb. Auf der gewerkschaftskritischen Internetplattform „labournet“ ist eine Fülle von Beispielen zu finden. Einen Teil haben wir in dieser Broschüre zusammengestellt. Drei davon halten wir für besonders wichtig.

IG BAU: Mit Denunziationen und staatlichen „Razzien“ gegen KollegInnen aus anderen Herkunftsländern – und der Protest dagegen

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen Lohndumping führt die IG BAU seit vielen Jahren zusammen mit der Polizei bzw. den Hauptzollämtern Baustellenrazzias durch, die sich gegen KollegInnen aus anderen Herkunftsländern richten. 2004 veröffentlichten einige Betriebsräte und andere Mitglieder der IG BAU ein Kritikpapier an der reaktionären Praxis der IG BAU-Führung und ihres Apparates. (Siehe „Unsere Regeln taugen nichts!“, Juli 2004, S. 7-12 in dieser Broschüre)

IG Metall und ver.di: nationalistisch-antisemitische „Heuschrecken“-Hetze – und der Protest dagegen

Nicht zufällig hat der Hartz-Einpeitscher Müntefering 2005 die chauvinistische und antisemitische Kampagne gegen „Heuschrecken“ losgetreten. Die DGB-Führung folgte mit der Unterstützung von Hartz IV und einer zentral gesteuerten „Stechmücken“- und „Heuschrecken“-Hetze auf dem Fuß.

Den Anfang machte die „metall“-Ausgabe vom Mai 2005. Die IG Metall-Führung betätigt sich – wieder einmal – als Propagandist des deutschen Kapitals und der Ideologie vom „Standort Deutschland“, und das mit einer Kombination von deutschem Antisemitismus und Nationalismus, die emotional das Fundament der massenhaften Wirksamkeit der Nazi-Propaganda war. Dagegen gab es heftige Kritiken. Die berechtigten Kritiken wurden von der IG Metall-Führung abgetan, verschwiegen und unterdrückt oder gar als angeblich „im Interesse von Westerwelle liegend“ verunglimpft. Der damalige IG Metall-Vorsitzende J. Peters hat die antisemitische Karikatur ausdrücklich verteidigt (ddp-Meldung vom 9.5.2005).

Im Jahr 2007 legte ver.di mit der Broschüre „Finanzkapitalismus – Geldgier in Reinkultur!“ nach. Auch daran gibt es Kritik. So wird in der Broschüre von kritischen ver.di-KollegInnen „Mensch, denk weiter! ‚Heuschrecken‘ sind keine Erklärung ...“ der entscheidende antisemitische Hintergrund der Heuschreckenmetapher aufgezeigt. Der Bundesjugendvorstand von ver.di verlangte Ende 2007, dass die Broschüre zurückgezogen wird, da deren Inhalt und Bilder „eine Unterscheidung von der ‚verkürzten Kapitalismuskritik‘ der Nazis nicht mehr möglich macht.“ (Siehe S.17 in dieser Broschüre)

Doch nach dem Motto: „Nichts gelernt, alles vergessen“ beharren die vom ver.di-Vorstand beauftragten Verfasser in ihrer dummdreisten Replik auf die Kritiken an der „Heuschrecken“-Hetze auf ihre nationalistische und antisemitische Hetzschrift: „Allerdings sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass man bei dem Thema – nicht zuletzt wegen des die Debatte ausgelöst habenden Müntefering-Zitats – um dieses Bild bzw. diesen Begriff gar nicht herum kommt.“ (Siehe S. 26 in dieser Broschüre)

GEW beharrt in Hamburg auf dem Besitz eines „arisierten“ Hauses – ungeachtet jahrelanger heftiger Proteste

Seit mehreren Jahren gibt es in der GEW Hamburg und darüber hinaus eine heftige Auseinandersetzung um ein von den Nazis „arisiertes“ Gebäude in Hamburg. Dieses ist im Besitz der GEW. Auf zwei Landesvertreterversammlungen war trotz eindeutiger Unrechtslage und vieler Proteste mit knapper Mehrheit entschieden worden, das Haus zu behalten. Daraufhin verfasste die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Sonderpädagogik vom 15.12.2008 eine Protesterklärung, die wir in dieser Broschüre komplett wiedergeben. Es hagelte eine Fülle weiterer Kritiken. Bernhard Nette und Stefan Romey veröffentlichten 2010 das Buch „Die Lehrer-gewerkschaft und ihr ‚Arisierungserbe‘ – Die GEW, das Geld und die Moral“. Der GEW-Vorstand mit sei-

nem Vorsitzenden Thöne vorneweg hat bis heute nicht auf diese Erklärung der Fachgruppe Sonderpädagogik reagiert und deckt das alles mit dem Mantel des Schweigens.

* * *

Fakt ist: Die Gewerkschaftsführungen haben auf verschiedene Weise diese Kritiken unterdrückt, die ihre nationalistische und reaktionäre Politik entlarven. Die Proteste gegen die IG Bau-Razzien, gegen IG Metall- und ver.di-Hetze sowie gegen „arisierten“ GEW-Besitz haben keine Chance, sich in den zentralen Organen wie „metall“, „publik“, „e & w“ usw. zu artikulieren, die fest in der Hand der Gewerkschaftsführung sind. Trotzdem können einzelne Proteste auch mal erfolgreich sein. So musste das deutsch-nationalistische DGB-Plakat zum 1. Mai 2009 „1a deutsche Muskelarbeit“ nach Protesten aus mehreren Gewerkschaftsgliederungen zurückgezogen werden. Zentral wird aber keine Diskussion darüber zugelassen. Kritiker werden diffamiert und isoliert. Die reaktionäre, nationalistische und antisemitische Verdummungs- und Verhetzungspolitik wird auf Gedeih und Verderb durchgeführt.

Die Beispiele sind alarmierend. Das zeigt vor allem der größere politische Zusammenhang, in dem sie stehen. Den Herrschenden in Deutschland liegt heute viel daran, mit deutsch-chauvinistischen, rassistischen und antisemitischen Verhetzungskampagnen Kämpfe der ArbeiterInnen für ihre eigene berechnete Interessen zu verhindern, zunichte zu machen bzw. reaktionär umzudrehen. Mittels der Ideologie der „Volksgemeinschaft“ wird für den Schulterchluss mit „unseren“ deutschen Kapitalisten getrommelt, um „deutsche Interessen“ zu verteidigen, in Afghanistan und anderswo. Nicht nur Medien und Politikern, auch den Gewerkschaftsfürsten und ihrem Anhang kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Die Gewerkschaftsführung und ihr Apparat, die aufs engste mit dem Kapital und Staat verbunden, ja in vielfacher Weise verschmolzen sind (Aufsichtsratsposten usw.), erfüllen hier einen wirklichen Auftrag für die Herrschenden: Da sie als Interessenvertretung der ArbeiterInnen auftreten, haben sie besondere Wirkungsmöglichkeiten bei der reaktionären Verdummung und deutschnationalen Verhetzung der KollegInnen in den Betrieben.

Dennoch oder besser gesagt gerade deshalb wäre es falsch, nur die Gewerkschaftsführung im Blick zu haben. Nationalismus und Rassismus gibt es nicht wenig unter den Gewerkschaftsmitgliedern an der Basis. Zirka 20 % der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften sind nach Studien sogar nazistisch eingestellt.

Das nationalistische und antisemitische Gift wirkt. Das zeigt sich bei vielen Streiks und Protesten wie bei Cewe/Oldenburg, bike systems/Nordhausen, AVAYA/Frankfurt am Main oder VAC/Hanau. Wie selbstverständlich taucht z. B. das auf die Nazis zurückgehende Symbol der „Heuschrecke“ auf Sandwichs, T-Shirts, Buttons, Transparenten und in Aufrufen auf. Auch deutschnationalistische Hetze gegen polnische, slowakische, tschechische oder rumänische KollegInnen wie bei AEG/ Nürnberg 2006 oder NOKIA/Bochum 2008 ist verbreitet. Tolerieren, kleinreden, schönreden? NEIN, das kann nicht angehen, dass GewerkschafterInnen, die sich gegen Nazis stellen, deutschnationalistische und antisemitische Hetze im Stil des „Stürmers“ in der „eigenen“ Gewerkschaft bzw. unter den eigenen KollegInnen dulden. **Nationalismus/Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus müssen immer und überall bekämpft werden, egal wo und bei wem sie vorhanden sind bzw. sich äußern !!**

Um dabei voranzukommen, ist für die fortschrittlichen GewerkschafterInnen ein entscheidendes Mittel: sich innerhalb und außerhalb der DGB-Gewerkschaften eine eigene Öffentlichkeit schaffen zur kritischen Diskussion und zum gemeinsamen Handeln. Gleichzeitig ist es unserer Meinung nach zentral wichtig, dass fortschrittliche GewerkschafterInnen mit antifaschistischen und antirassistischen Kräften, mit Initiativen gegen Illegalisierung von MigrantInnen und Flüchtlingen solidarisch zusammenarbeiten.

Sehr wichtig wäre es, weitere Beispiele des Kampfes gegen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus innerhalb der DGB-Gewerkschaften bekannt zu machen. Um dies zu unterstützen bitten wir die LeserInnen uns Informationen dazu zukommen zu lassen.

* * *

Die LeserInnen werden feststellen, dass die Kritiken an den nationalistischen und antisemitischen Positionen der Gewerkschaftsführungen in den einzelnen Dokumenten unterschiedlich scharf formuliert sind. In manchen Stellungnahmen wird den Kritisierten noch zugestanden, dass diese es eigentlich gut meinten und ihre Position korrigieren sollten. Wir sind da anderer Ansicht und halten Appelle an die Gewerkschaftsführungen für nutzlos und illusionär. Das unbedingte Beharren der IG BAU-, IG Metall-, ver.di- und GEW-Führungen auf ihrer reaktionären Politik und Hetze zeigt dagegen die Notwendigkeit auch über deren schädliche Rolle zu diskutieren. Unsere eigene Position dazu haben wir ausführlich dargelegt in unserem Flugblatt Nr. 8 „Den DGB ‚erneuern‘? Aus den DGB-Gewerkschaften austreten? Vor allem selbstständig kämpfen! – Ein Diskussionsbeitrag“.

Dokumente und Materialien

1. IG BAU:

**Protest gegen Denunziationen und staatliche
„Razzien“ gegen KollegInnen aus anderen
Herkunftsländern**

- **Diskussionspapier: „Unsere Regeln taugen nichts“**

Hamburg, 10. Juli 2004

Olaf Harning
Langer Kamp 148
22850 Norderstedt

Matthias Maurer
Scheplerstraße 80
22767 Hamburg

Rundschreiben
IG BAU intern

Diskussionspapier **„Unsere Regeln taugen nichts!“**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Im Folgenden erhaltet Ihr ein Diskussionspapier aus dem ehrenamtlichen Bereich. Wir wenden uns darin in deutlicher Form gegen Form und Inhalt unserer laufenden Kampagne „Ohne Regeln geht es nicht!“ und fordern eine Diskussion ein.

Unser Ziel ist nicht die Schwächung der IG BAU in einer dramatischen, gesellschaftspolitischen Situation, sondern im Gegenteil: Ihre Stärkung. Unserer Ansicht nach werden wir die kommenden Jahre politisch nicht überstehen, wenn wir uns nicht auf unsere Wurzeln – die Internationale Solidarität – zurückbesinnen ... wir halten daher eine grundlegende Debatte über die Kampagne „Ohne Regeln geht es nicht!“ für existentiell.

Dieser Text wird zunächst von 9 engagierten KollegInnen unterstützt, dabei machen wir – Olaf Harning und Matthias Maurer – uns allerdings als Autoren kenntlich. Rund ein Dutzend weitere KollegInnen – u.a. aus Berlin - haben darüber hinaus inhaltliche Übereinstimmung signalisiert, verzichteten jedoch zunächst auf eine Unterzeichnung. Außerdem wissen wir von vielen haupt- und ehrenamtlichen KollegInnen, dass ihnen die Kampagne mindestens „Bauchschmerzen“ bereitet.

Lasst uns also in angemessener Schärfe, aber stets konstruktiv diskutieren! Wer den Text mit seinem/ihrer Namen unterstützen will, oder aber positive wie negative Kritik anbringen möchte, kann uns unter

olaf.harning@web.de

oder

Matthias Maurer
Scheplerstraße 80
22767 Hamburg

erreichen. Über eine – interne – Weiterverbreitung würden wir uns freuen ... insbesondere in den ehrenamtlichen Bereich.

Mit solidarischen Grüßen,

Olaf und Matthias

Unsere Regeln taugen nichts!

Baustellenrazzien und Hauptzollämter: Relikte eines gescheiterten Umgangs mit dem „Projekt Lohndumping“ am Bau

Im Februar 2004 begannen Bundesvorstand und Beirat der IG BAU, eine die Tarifrunde begleitende Kampagne loszutreten. Schon der Titel der Kampagne war bewusst konservativ gewählt, der Inhalt nicht minder repressiv: Vor allem mit vermehrten Baustellenrazzien sowie einer engen Zusammenarbeit mit den Hauptzollämtern sollte deutlich gemacht werden, dass am Bau „Regeln“ gelten, ohne die es nicht gehe. Welche Regeln zu wessen Nutzen es aber nun durchzusetzen gilt ... bleibt offen und wird nicht diskutiert. Die großen Dumpingunternehmen reiben sich die Hände, für sie sind wir keine Gefahr.



Nun kommt die IG BAU beileibe nicht zum ersten Mal auf die Idee, Baustellenrazzien zu fordern und durchzusetzen. Seit mehr als 12 Jahren (!) scheint dies bei weitem der wichtigste – wenn nicht sogar der einzige – Einfall zu sein, der uns BaugewerkschafterInnen kommt, wenn wir von Dumpinglöhnen und „Illegalen“ am Bau reden. Dass dies ein Armutszeugnis ist, zeigt die Realität: 12 Jahre steigende Razzienzahlen, 12 Jahre expansives Wachstum im Dumpinglohnsektor – wir haben auf ganzer Linie versagt.

Darüber hinaus zählt die fast bedingungslose Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden nicht gerade zu den Tugenden, die uns die Altvorderen gelehrt haben. Schon häufig in der Vergangenheit waren es GewerkschafterInnen, die sich vor Uniformierten schützen mussten, in der Regel exekutierten „Ordnungshüter“ den Willen der Arbeitgeber, beispielsweise in diversen Arbeitskämpfen. Darüber hinaus sollten die Bilanzen der Razzien zur Sorge Anlass geben: Ja, alleine 130

Millionen € Bußgeld wurden beispielsweise in 2000 verhängt, davon allerdings ein Gutteil gegen Arbeitnehmer und insbesondere durch reibungslose Zusammenarbeit zwischen IG BAU, ZOLL, Ausländerbehörde, Arbeits- und Sozialämtern. Wir alle wissen indes, dass diese Summen – gemessen an Gewinnen aus Lohndumping-Geschäften – lächerlich ist, dass es ohne Regeln also weiterhin recht gut läuft.

Warum – könnte man sich also fragen – warum verfolgen wir als Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt eine offensichtlich erfolglose und obendrein politisch mehr als fragwürdige Taktik immer und immer wieder, quasi gegen jede Warnung und auch „gesunden Menschenverstand“? Warum suchen wir nicht zumindest nach Alternativen? In diesem Text versuchen wir, einige Erklärungsansätze aufzuzeigen und fordern diese Alternativen ein.

Das Sein bestimmt das Bewusstsein: „Was wollen DIE auf UNSEREN Baustellen?“

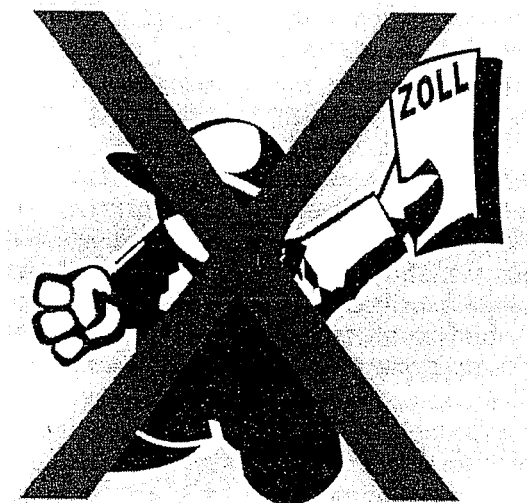
Um gar nicht erst missverstanden zu werden: Die AutorInnen dieses Textes sind sich dessen bewusst, dass gerade die IG BAU in den vergangenen Jahren erhebliche und überaus erfolgreiche Anstrengungen gegen Rassismus in den eigenen Reihen unternommen hat. Wir sagen aber auch, dass hierfür Mitte der 90er Jahre höchste Notwendigkeit bestand: Wir hätten uns sonst nicht mehr lange glaubhaft von rechtsextremistischen Kreisen abgrenzen können.

In dieser Zeit – als Beispiel seien hier nur Übergriffe während des Berliner Baustreiks genannt – existierten in unserer Organisation in nicht unerheblicher Vehemenz rassistische Denkmuster. Offen ausgesprochene Gedanken á la „Die Kanaken nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ waren dabei noch die harmlosesten Rassismen, problematischer für uns war da schon die Tatsache, dass beinahe niemand auch nur auf die Idee kam, die ausländischen KollegInnen könnten eventuell auf der gleichen Seite der Barrikade stehen, wie wir und „unsere“ – deutschen - KollegInnen.

Wir erklären uns diese Situation damit, dass sich der Gedanke „Ausländer raus“ zwar dankenswerter Weise innerhalb der IG BAU nicht mehr sanktionsfrei kommunizieren lässt (soweit zum Erfolg unserer Kampagnen gegen Rechtsextremismus), sehr wohl aber in erheblicher Stärke zwischen den Zeilen gelebt wird. Man betont mittlerweile, dass es sich bei den polnischen, portugiesischen, ukrainischen, u.s.w. Arbeitern um „Kollegen“ handelt ... anschließend passt aber immer noch ein kleines „WIR gegen DIE“ zwischen die Zeilen.

Wir fordern unsere Mitglieder offensiv zur Denunziation der Kollegen auf und organisieren dann, dass die – in der Regel ausländischen – Opfer skrupelloser Unternehmer vor den Augen der – in der Regel deutschen – „Legalen“ abgeführt werden. „Ausländer Raus“ braucht da nicht mehr ausgesprochen zu werden: Für jene Kollegen sind wir nur der verlängerte Arm von Strafverfolgungsbehörden – und damit zu Recht: Gegner. So sind wir letztendlich Teil des Problems, nicht der Lösung.

Dazu passt, dass der Bundesvorstand regelmäßig mit allenfalls grob geschätzten Zahlen sogenannter „Illegaler“ arbeitet: So sprach Klaus Wiesehegel noch im Jahre 2001 von „300.000 Illegalen“, nur ein Jahr später waren es plötzlich 400.000. Dabei wird das Wort „illegal“ weder definiert, noch in irgendeiner Weise differenziert. Ist der illegal entlohnte Kollege aus Cottbus oder Saarbrücken gemeint? Der portugiesische Kollege ohne Arbeits- aber mit Aufenthaltserlaubnis? Oder doch der „illegal“ in Deutschland lebende Kenianer?



Baustellenrazzien: Seit mehr als 12 Jahren falsch & erfolglos!

Nicht „Illegalität“, sondern das Arbeiten unter Dumpinglohnbedingungen ist unser Problem. Der Begriff der „Illegalität“ trifft tatsächlich nur einen kleinen Teil der Arbeitsverhältnisse, er verschleiert, dass Dumpinglöhne sehr wohl unter legalen aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Bedingungen möglich und üblich ist.

Geschätzte 90% der Dumpinglohn-Arbeitsverhältnisse sind ... absolut legal, zumindest bei oberflächlicher Betrachtung. Schon die von uns ausgehandelten Mindestlöhne alleine würden die tariftreuen Firmen und damit indirekt unsere Löhne unter Druck setzen. Ein hoher Anteil der ostdeutschen- und ein Teil der westdeutschen Firmen – wir alle wissen das – zahlen jedoch heute unterhalb des Mindestlohnes – auch auf Baustellen im Westen. Und die Mehrzahl der ausländischen Subunternehmen arbeitet hier real weder zu Mindestlöhnen, noch nach Werkvertragsverhältnissen, die genauerer Überprüfung standhalten könnten.

Dummerweise halten sie aber allen bislang bekannten Kontrollen und Razzien stand, und das nicht ohne Grund. Der klassische Betrug: Die KollegInnen erhalten für 40 Stunden wöchentlich den gesetzlichen Mindestlohn, arbeiten aber tatsächlich 65 Stunden. Folge: Die Papiere sind völlig korrekt, eine Überführung ist – ohne die Aussage der KollegInnen – fast unmöglich, zumindest flächendeckend völlig unmöglich. Diesem Lohndumping, dieser Schmutzkonkurrenz werden wir mit Razzien niemals das Wasser reichen können – sie sind quasi „razzienresistent“ konzipiert.

Chancenlos sind BUDIMEX, CHEMOBUDOWA oder auch WALTER-BAU, WAYSS&FREYTAG und wie sie alle heißen allerdings, wenn die Betroffenen mit uns zusammenarbeiten! In den meisten Fällen reicht schon eine einzige schlüssige Aussage der KollegInnen, um eine komplette Baustelle „hochzunehmen“. Dieserlei Aussagen bekommen aber weder wir MIT dem Hauptzollamt, und schon gar nicht das Hauptzollamt alleine.

Außerdem mutet es befremdlich an, wenn wir uns als Baugewerkschaft fast ausschließlich an staatliche Autoritäten halten, um der Dumpinglohn-Konkurrenz Herr zu werden – und damit an eben den „Stall“, der selber großen Anteil an der Zerschlagung unserer Löhne und Arbeitsbedingungen hat: Fast täglich vermittelt die „Bundesanstalt“, pardon: die „Bundesagentur für Arbeit“ KollegInnen in illegal entlohnte Jobs, immer wieder verhindert jene Bundesagentur, dass erappte Unternehmen vom Markt genommen werden, wie beispielsweise die IG BAU Hamburg im Dezember 2000 anhand des Dumpinglöhners „Münchener Trockenbau“ (Stundenlöhne unter 2 DM) feststellen musste. Die vermeintlichen Kontrollinstanzen dieses Gemeinwesens stehen auf der anderen Seite der Barrikade, sie sind definitiv keine Verbündeten. Dies sollte endlich zur Kenntnis genommen werden.

Organisierte Solidarität: Das Erfolgsrezept!

Während unseres Gewerkschaftstages im August 2001 wurde der Ken-Loach-Film „Bread and Roses“ auch vom Bundesvorstand der IG BAU massiv beworben. Ein Film freilich, der unserer damaligen wie derzeitigen Politik der Razzien erstens konträr gegenübersteht und deren Hauptfiguren – die mutigen Reinigungskräfte von Los Angeles – in Deutschland keine Chance hätten: Sie wären die ersten Opfer der vereinten IG BAU/Hauptzollamt-Truppen.

Dabei hatte Ken Loach – Regisseur zahlreicher Sozialdramen – Recht, indem er den Mut der oft illegalen US-Reinigungskräfte und auch die Taktik der zuständigen Gewerkschaft „**Service Employees International Union – SEIU**“ herausstellte, die schon seit Jahren nicht

mehr auf Verfolgungsbehörden, sondern auf Solidarität mit den Betroffenen setzt. Es ist zwar nicht gerade einfach ... aber natürlich können auch wir es erreichen, dass die polnischen oder portugiesischen Kollegen mit uns Seite an Seite gegen Dumpinglöhne und Ausbeutung am Bau kämpfen. **Valery Rey Alzaga**, Campaignerin der **SEIU** und Aktivistin der US-Kampagne „Justice for Janitors“ (Gerechtigkeit für Reinigungskräfte) machte im Rahmen einer Veranstaltung **FÜR ILLEGALISIERTE** am 17. April 2004 im Hamburger Schauspielhaus deutlich, dass dies die einzige Möglichkeit ist: „Wenn die Illegalisierten so wenig verdienen, weil sie rechtlos und ständig von Abschiebung bedroht sind und die heimischen Fachkräfte aufgrund dieser Situation in Bedrängnis geraten – warum sollten wir dann ausgerechnet diese illegalisierten KollegInnen bekämpfen und nicht ihre Ausbeuter? Das wäre dumm!“

Andere Organisationen haben bereits gelernt: Vorbei an Behörden und auch vorbei an der IG BAU arbeiten überall in Deutschland antirassistische Organisationen mit ArbeitsmigrantInnen am Bau



zusammen und setzen gemeinsam die bedrängten Rechte durch. In Berlin gelang es der **Antirassistischen Initiative e.V.**, im Oktober letzten Jahres gemeinsam mit 20 afrikanischen Arbeitern, ausstehenden Löhne in Höhe von rund 40.000 € von den Subunternehmen der **Wohnungsbaugesellschaft Mitte** einzutreiben. In Hamburg organisierten 150 lohngeprellte rumänische Bauarbeiter der Siedlung Falkenried selbsttätig eine Demonstration zu ihren Arbeitgebern der dubiosen Firma „Zeitig“ (Subunternehmer von Walter Bau) und wurden dabei einzig von der Organisation **kanak attak** unterstützt.

Dass ein Umdenken mit gemeinsamer Aktion indes möglich ist, hat nicht zuletzt der erfolgreiche Arbeitskampf im Juni 2002 gezeigt. Nicht nur in Hamburg machten wir die Erfahrung, dass insbesondere die polnischen und portugiesischen Kollegen „wie ein Mann“ hinter unseren Forderungen standen, soweit es ihnen möglich war. In der Regel stellten sie zumindest die Arbeit ein, während wir auf ihren Baustellen waren oder Streikposten aufstellten.

Gewerkschaften sind die Interessenorganisationen der ArbeitnehmerInnen, im besten Fall auch Kampforganisationen zur Durchsetzung bedrohter Interessen. **Gewerkschaften sind NICHT: Strafverfolgungsbehörden oder deren Helfershelfer.** Hätten sie sich frühzeitig so entwickelt, wären sie auch nie erfolgreich geworden. Die Kampagne „Ohne Regeln geht es nicht“ steht dem Gewerkschaftsgedanken entgegen. Sie ist falsch.

Zur Sache Schätzchen! Internationale Solidarität am Bau – konkret!

Sie überraschte positiv und machte Hoffnung auf mehr Einsicht: Die mehrsprachige Broschüre der IG BAU zu den Mindestlöhnen, die im August 2003 veröffentlicht wurde, war seit langem der erste erkennbare Schritt, den wir auf hunderttausende ausländische Kollegen zugemacht haben. Er war überfällig, aber für sich alleine genommen wirkungslos. Seit Jahren erbitten und fordern nicht wenige Betriebsräte, Vertrauensleute, aktive Gewerkschafter in den Betrieben Material der IG BAU für den Einsatz auf „Kontingentbaustellen“. Seit ebenso vielen Jahren werden sie dabei enttäuscht, denn es gab schlicht keines. Um es deutlich zu sagen: Seit rund 12 Jahren ist die IG BAU mit billigeren, ausländischen Kollegen konfrontiert, die übrigens häufig etwas mit dem Begriff „Arbeitskampf“ anfangen können. Die von den Mitgliedern her größte Baugewerkschaft der Welt kennt in diesem Zusammenhang zwar mittlerweile bundesweit sämtliche Telefonnummern ausnahmslos aller Strafverfolgungsbehörden, hat aber bis 2003 kaum einen einzigen qualitativen Versuch unternommen, MIT den Kollegen zu arbeiten ... oder zu kämpfen.

Entgegen dieser kaum fassbaren, inhaltlichen Schwäche unserer Organisation brauchen wir nun endlich Werkzeuge in die Hand, um den Schulterschluss mit unseren Kollegen notfalls selber herzustellen. Wir brauchen Broschüren, Flyer, Dolmetscher jeder „Bau-Sprache“ und wir brauchen die Rückendeckung unserer Gewerkschaft statt Razzien. Wir müssen flächendeckend und offensiv auf die Kollegen zugehen und brauchen eine bundesweite Diskussion mit Absprachen darüber, wie dieses „Zugehen“ kampagnenartig durchgeführt werden könnte. Wir benötigen flankierend Diskussionen über und offensive Aktionen gegen die größten Ausbeuter der Branche, statt „Regeln“-Plakate, über die sich die Arbeitgeber mittlerweile lustig machen.

Wir brauchen Schulungen in Steinbach und in den Bezirksverbänden: Schulungen, die sich damit beschäftigen, wie wir eine billigvergebene Baustelle oder auch ein zu reinigendes Objekt unseres Arbeitgebers mit der IG BAU systematisch „aufrollen“, betreuen und mit den ausgebeuteten Kollegen gemeinsam unter Kontrolle bekommen können. Es wird Zeit, dass die IG BAU fremdsprachige Sekretäre einstellt oder die politischen Sekretäre in den regional wichtigsten Sprachen fortbildet. Und wir benötigen – breit gestreut – Insiderkenntnisse über Unternehmen wie BUDIMEX oder CHEMOBUDOWA. Informationen, die – auch das ist peinlich - bislang selbst die mit diesen Unternehmen konfrontierten Betriebsräte nicht bekommen – im Gegensatz zur Nummer des nächsten Hauptzollamtes.

Wir wollen die Zusammenarbeit mit Flüchtlingsräten, Migrantenorganisationen und antirassistischen Initiativen. Wir fordern regelmäßige, aggressive Kampagnen gegen die bekanntesten Dumpingbetriebe zum Zwecke der Rufschädigung und Schließung. Es wäre ein schlechter Scherz, wenn eine der größten Baugewerkschaften der Welt nicht einzelne Unternehmen vom Markt kämpfen könnte.

Ohne Regeln ... geht's ganz gut!

Aus dem Vorstehenden ergibt sich: Eine weitere Zusammenarbeit mit den Hauptzollämtern ist nicht gewerkschaftskompatibel und ... nicht gerade besonders intelligent. „Unsere“ Regeln sind damit am Ende ihrer Weisheit, genauso wie geschätzte 90% der Razzien auf Dumpingbaustellen, die trotz diverser Verstöße und perfidester Ausbeutung ergeben: „Alles in Ordnung, herzlichen Glückwunsch!“ Ohne diese Regeln geht's allemal ganz gut, und um ehrlich zu sein: Viele Dumpingunternehmer erleben ohnehin seit Jahren, dass es ohne Regeln ausgesprochen hervorragend geht.

Tatsächlich brauchen wir aber eine Form von „Regeln“, gar keine Frage. Aber der wichtigste Teil dieser Regeln, das lehrten uns schon die Altvorderen, **MUSS die Solidarität mit den Betroffenen sein, der gemeinsame Kampf**. Wenn wir das nicht wieder lernen, haben wir jede Auseinandersetzung verloren, noch bevor sie überhaupt begonnen hat. Wir müssen unsere Regeln gemeinsam mit diesen Kollegen festlegen und dann ebenso gemeinsam durchsetzen. Für jedweden Schritt in diese Richtung stehen die UnterzeichnerInnen dieses Textes in jeder Form zur Verfügung.

Dass diese Linie in unserer Organisation keineswegs ein Novum darstellen würde, zeigt im übrigen ein Zitat aus dem „Grundstein“ vom 5. Oktober 1895: *„Aber so verlockend es auch klingen mag, dass die 'nationale Arbeit' durch Fernhaltung, bzw. Einschränkung dieser Konkurrenz 'geschützt' werden müsste, wir können uns prinzipiell nicht damit einverstanden erklären, dass man durch staatliche Gesetze gerade den Aermsten der Proletarier die Möglichkeit nehmen will, dem Elend und der Bedrückung zu entfliehen und die Segnungen der Freiheit und Zivilisation kennenzulernen. Diese Aermsten folgen, wie jeder Proletarier, dem naturgemäßen Drange nach Verbesserung ihrer Lage. Und es ist nicht ihre Schuld, dass sie den an höhere Lebenshaltung gewöhnten Arbeitern der Länder, wohin sie gehen, eine empfindliche Konkurrenz bereiten. Wenn das so häufig gebrauchte Wort von der 'Solidarität der Arbeiter aller Länder' keine Phrase sein soll, so muß sie auch sich bewähren jenen Elementen gegenüber, die 'ohne eigene Schuld auf des Elends tiefster Stufe stehen'.*

SOLIDARITÄT
Illegal ist man nicht, sondern wird man gemacht. **macht uns stark!**

ErstunterzeichnerInnen:

[Olaf Harning] Betriebsratsvorsitzender Hans Grundmann; Mitglied Bezirksvorstand Hamburg
[Matthias Maurer] Betriebsrat Hochtief Constructions AG; Mitglied Bezirksvorstand Hamburg [Alfred Threimer] Betriebsratsvorsitzender Max Hoffmann, Hamburg [Alexander Fuhse] Student der Garten- und Landschaftsarchitektur, Norderstedt [Inan Boztepe] Mitglied Bezirksjugendvorstand Köln-Bonn [Hannelore Reinhardt] Betriebsratsvorsitzende Bockholdt-Gebäudedienste, Hamburg [Fuat Perisan] Mitglied Bezirksjugendvorstand Köln-Bonn [Thorsten Färber] Betriebsrat Hochtief Constructions AG [Mehmet Perisan] Bezirksjugendvorstandsvorsitzender Köln-Bonn

2. IG-Metall:

**Protest gegen das antisemitische Titelbild der
„metall“-Ausgabe vom Mai 2005**

- **Offener Brief der leoperutz-liste an die IG-Metall**
- **Leserbrief von Jochen Gerster im Auftrag des
Arbeitskreises Internationalismus der IG-Metall-
Verwaltungsstelle Berlin**

GewerkschafterInnen der Leoperutz-Liste entlarven Angriffe gegen US-amerikanisches Kapital als „Friedensschluss mit dem deutschen Kapital“

Offener Brief der leoperutz-liste an die IG-Metall

Liebe Kolleginnen und Kollegen bei der metall-Redaktion,

euer letztes Titelbild (Mai 05) ist unmöglich. "US-Firmen in Deutschland: Die Aussauger", und passend dazu die Grafik mit der Stechmücke: mit dem Hut in den amerikanischen Farben, und vor allem dem langen, gebogenen Stechrüssel. Seit es den "Stürmer" nicht mehr gibt, sieht man solche Karikaturen hierzulande eher selten.

Es mag heutzutage wieder beliebt werden, so zu tun, als sei ein "internationales" "Finanzkapital" für die Krise verantwortlich, während ein "produktives Kapital" freundlicherweise Arbeitsplätze schaffe. Bei den Nazis hieß das dann "raffendes" bzw. "schaffendes" Kapital. Letzteres stand für die "deutsche Arbeit", ersteres für die "jüdische Nicht-Arbeit". Diese Trennung ist daher nicht nur haarsträubender Unsinn, sondern auch eindeutig antisemitisch.

Es war immer ein schlechtes Zeichen, wenn die Gewerkschaften sich auf diese falsche Unterscheidung einließen: das Vorzeichen einer katastrophalen Niederlage.

Ist Ausbeutung also neuerdings eine Spezialität des US-amerikanischen oder auch des transnationalen Kapitals? Dann kann man ja mit dem deutschen Kapital seinen Frieden machen, oder? Und, wenn man sich es genau anschaut, mit der deutschen Geschichte gleich mit.

Euer Titelbild ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht aller derjenigen KollegInnen, die sich gegen Antisemitismus engagieren; es ist auch und vor allem ein ziemlich krasses Zeichen dafür, wie sehr der Geist des "linken" Patriotismus à la Schröder und Müntefering, der sich mit seinem "Heuschrecken-Vergleich" auf demselben Niveau befindet wie euer Titelbild, schon in die Gewerkschaften eingedrungen ist. Und eines für deren Geschichtsvergessenheit allemal.

Philipp Bauer, GEW; Hans Günter Bell, ver.di;
Diethelm Blecking, GEW; Ulrike Breitsprecher,
ver.di; Michael Elm, GEW; Jörg Finkenberger,
ver.di; Morten Friese (Köln); Lothar Galow-
Bergemann, ver.di; Norman Geisler, ver.di; Gitti
Goetz, ver.di; David Goldner, GEW; Bärbel Illi,
ver.di; Barbara Kashi, ver.di; Doris Krüger, ver.di;
Markus Lauber, IGM; Angelo Lucifero, ver.di;

Andrei S. Markovits, Karl-W. Deutsch Collegiate
Professor of Comparative Politics and German
Studies, University of Michigan, Ann
Arbor/Michigan; Matthias Müller, IGM; Claudia
Pawlowitsch (Dresden); Alexander Recht, GEW;
Elisa Brigitta Simbürger, ver.di; Sebastian Voigt,
GEW; Patrick Vossler, IGM; Susanne Wein, GEW;
Rainer Wendland, ver.di; Udo Wolter, ver.di

Leserbrief von **Jochen Gester** im Auftrag des **Arbeitskreises Internationalismus der IG Metall-Verwaltungsstelle Berlin**

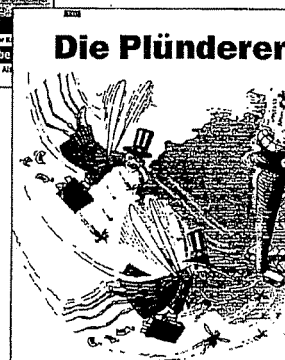
"Was nützen die gut gemeinten und notwendigen Kampagnen gegen Rechts, wenn die 'metall' mit einem Cover erscheint, dass in dieser Form auch in der 'Deutschen Nationalzeitung' erscheinen könnte? Wir können es kaum glauben, dass der Vorstand der IG Metall, der ja die politische Verantwortung für die Zeitung hat, hier jegliche Sensibilität vermissen lässt und das zurecht beschworene Lernen aus der Vergangenheit hier völlig ausbleibt. Wir haben nichts gegen Kapitalismuskritik. Im Gegenteil. Es wäre schön, wenn in der 'metall' eine Debatte beginnen würde, die danach fragt, ob wir uns den Kapitalismus noch leisten können. Doch was uns die Redaktion bzw. der Autor Werner Rügemer bieten, ist etwas Anderes.

Statt sich der Frage zu stellen, was diese Finanzinvestoren im gegenwärtigen Shareholder Value Kapitalismus für eine Rolle spielen und warum sie entstehen, wird hier das Lied von den asozialen US-Firmen gesungen. Sollte euch entgangen sein, dass die aktuelle neoliberale Wirtschaftsordnung von nahezu allen ökonomischen Eliten getragen wird, auch in den deutschen Konzernen? *[dieser Absatz ist in der metall-Ausgabe Juni/Juli 2005 veröffentlicht]*

Entstehen die angeprangerten 'Heuschreckenfirmen' nicht gerade aus diesen Konzernen heraus, um die 'Ertagsslage' zu verbessern wie passiert bei Siemens mit Wincor Nixdorf oder mit MTU bei DaimlerChrysler? Hat nicht die rot-grüne Regierung das 'Heuschreckenfieber' durch die ihre Steuergesetzgebung erst zu üppigem Leben erweckt? Hat der ehem. Verkehrsminister Müntefering nicht selbst mit der Autobahngaststättenkette 'Tank & Rast' 'Heuschrecken' gezüchtet? Es ist die Aufgabe der IG Metall das gemeinsame soziale Interesse lohnabhängiger Menschen zu verteidigen, und zwar gerade über Ländergrenzen hinweg. Alles andere ist keine Kapitalismuskritik sondern Chauvinismus und Übleres. Wohin das führt, sollte man einem deutschen Gewerkschaftsvorstand nicht erklären müssen."

30.05.05

**Dokumentation über die
antisemitisch-nationalistische
Titelseiten-Karikatur der
IG-Metall-Zeitung
von Mai 2005
und die Reaktionen darauf**



Zusammengestellt von:

**GewerkschafterInnen und Antifa gegen Dummheit und
Reaktion**

August 2005 (2.Auflage Januar 2006)

2 Euro

3. ver.di:

Protest gegen die nationalistisch-antisemitische „Heuschrecken“-Hetze

- **Beschluss des Bundesjugendvorstandes der ver.di Jugend zur Broschüre „Finanzkapitalismus. Geldgier in Reinkultur“**
- **Kritische Anmerkungen der „Finanzkapital AG“ beim ver.di-Bezirk Stuttgart: „Mensch, denk weiter ‚Heuschrecken‘ sind keine Erklärung...“**
- **Die üble Antwort der VerfasserInnen der ver.di-Broschüre „Finanzkapitalismus. Geldgier in Reinkultur! Auf die Kritik „Mensch, denk weiter ‚Heuschrecken‘ sind keine Erklärung...“**
- **Collage mit antisemitischen Abbildungen aus der Broschüre von ver.di „Finanzkapitalismus. Geldgier in Reinkultur“**

Beschlussvorlage

Sitzungstermin	30.11.-2.12.2007
Tagesordnungspunkt	12
Betreff: Broschüre „Finanzkapitalismus – Geldgier in Reinkultur!“ vom Bereich Wirtschaftspolitik beim BuVo	

Entscheidung
<input checked="" type="checkbox"/> beschlossen
<input type="checkbox"/> mit Änderungen beschlossen
<input type="checkbox"/> zurückgestellt
<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen

Inhalt:

Der Bundesjugendvorstand (BJV) beschließt, die für die Broschüre „Finanzkapitalismus -- Geldgier in Reinkultur!“ Verantwortlichen aufzufordern, diese sofort aus dem Sortiment und dem Internet zu entfernen. Weiterhin werden die Verantwortlichen aufgefordert eine neue Broschüre frei von verkürzter Kapitalismuskritik und antisemitischen Karikaturen zu entwickeln. Der Antrag wird an den Bundesvorstand und den Gewerkschaftsrat weitergeleitet.

Begründung/Erläuterung:

Im Oktober 2007 veröffentlichte die Abteilung Wirtschaftspolitik beim ver.di Bundesvorstand die Broschüre „Finanzkapitalismus – Geldgier in Reinkultur!“. Darin verlieren die AutorInnen bei ihrer Kritik am kapitalistischen System, den Blick für ökonomische Gesamtprozesse, was eine Unterscheidung von der „verkürzten Kapitalismuskritik“ der Nazis nicht mehr möglich macht. Garniert werden die Texte zusätzlich mit allerlei antisemitischen Karikaturen. Bereits 2005 kritisierte die ver.di Jugend, die Redaktion der IG Metall Mitgliedzeitung für den Inhalt ihres Leitartikels „Die Aussauger“ und die darin verwendeten Karikaturen.

Wir kritisieren nun wieder vor allem die einseitige und reduzierte Kritik des „Finanzkapitals“, denn erst diese Sphäre der kapitalistisch organisierten Gesellschaft ermöglicht über Kredite dem „produktiven“ Kapital sich per Warenproduktion zu akkumulieren (bzw. zu verwerten; d. h. über die „Ausbeutung“ von Lohnarbeit sich zu vermehren, aus Geld mehr Geld zu machen). Beide Sphären, die des Finanzkapitals wie auch die des produktiven Kapitals, sind daher aufeinander angewiesen und es ist theoretisch unsinnig wie auch praktisch unmöglich, beide von einander zu trennen. Im übrigen entscheidet auch das „Finanzkapital“ nicht willkürlich oder losgelöst von der „realen Wirtschaft“ wo und wie es agiert, sondern reagiert mit seinen Entscheidungen auf Urteile, die sich vorher im Markt realisiert haben.

Jede Bankkundin würde ihrer Bank auch was erzählen, wenn durch eine andere Politik das Sparbuchguthaben verjübelt würde.

So bleibt von der ganzen Banken- und Finanzinvestorenkritik nur das „Sündenbock-Suchen“ übrig, obwohl es aus gewerkschaftlicher Sicht darum ginge, aufzuklären, wie der verselbstständigte Zweck des kapitalistischen Wirtschaftens all die „Sachzwänge“ produziert, mit denen wir uns tagtäglich rum-

schlagen müssen!

Die Heuschreckenmetapher ist in Deutschland spätestens seit Veit Harlans "Jud Süß" eindeutig antisemitisch besetzt: "Wie die Heuschrecken fallen sie über uns her!" Dass die Juden Träger der „Geldgier“ seien, gehört zu den bis heute am hartnäckigsten verbreiteten antisemitischen Stereotypen. Die Kombination aus beidem bereits auf dem Titelblatt, der Broschüre bietet geradezu ideale Andockpunkte für antisemitische Projektionen, auch, wenn die VerfasserInnen sicherlich keine Ambitionen hatten, dass ihre Broschüre in diese Richtung interpretiert wird.

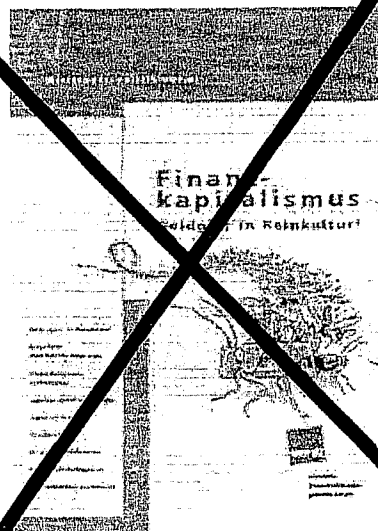
Wir meinen, dass Gewerkschaften heute dringender denn je kapitalistische Entwicklung als einen Prozess der selbst verursachten „Sachzwänge“ kritisieren müssen – und auch die Diskussion um gesellschaftliche Alternativen vorantreiben sollten! Doch das bedeutet gerade nicht die Ursache allen Elends bei „fremden“ Konkurrenten oder den „anonymen Finanzinvestoren“ zu suchen! Gewerkschaften müssen aufklären, wie jeder „Standort“ mit all den negativen Erscheinungen wie Lohnsenkungsprogrammen auf die verschärfte Konkurrenz am Weltmarkt reagiert und genau dadurch den Zwang zur intensivierten Ausbeutung reproduziert und den Unterbietungswettbewerb weiter verstärkt!

Noch mal: Wie wollen den Verantwortlichen keine bewussten Absichten in diese Richtung unterstellen. Uns geht es um eine weit in der Gewerkschaft verbreitete erschreckende Unkenntnis oder Unsensibilität mit diesen Themen, die dringend überwunden werden muss.

Mensch, denk weiter!

*„Heuschrecken“
sind keine Erklärung...*

Kritische
Anmerkungen
zur ver.di - Broschüre
„Finanzkapitalismus -
Geldgier in Reinkultur!“
erschieden
im Oktober 2007



Herausgeber: Finanzkapital AG beim ver.di-Bezirk Stuttgart
November 2007 Kontakt baerbel.illi@verdi.de



Kritische Anmerkungen zur Broschüre „Finanzkapitalismus – Geldgier in Reinkultur!“, herausgegeben von ver.di, Oktober 2007

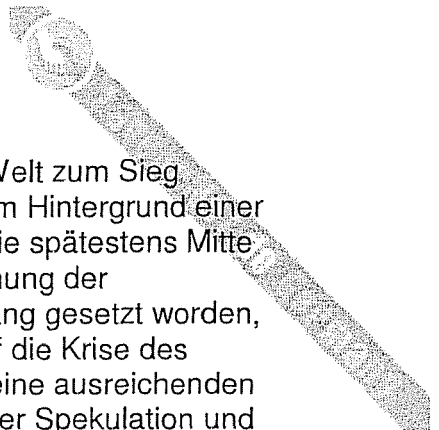
1.) Die Broschüre erweckt den Eindruck, es gäbe ein „nicht so schlimmes“ *Kapital* und ein „geldgieriges“ *Finanzkapital*. Auf Seite 2 heißt es zunächst noch richtig: „Kapital einsetzen und mit einem maximalen Profit zurückbekommen – das ist Grundprinzip kapitalistischen Wirtschaftens. Jeder Unternehmer verfährt so.“ Doch unmittelbar danach wird diese Erkenntnis zurückgenommen – mit schwerwiegenden Folgen. Nun wird auf einmal „den Unternehmern“ in der so genannten Realwirtschaft unterstellt, sie hätten „noch einen Bezug zu den arbeitenden Menschen“. Während sich „der Fondsmanager“ von ihnen angeblich dadurch unterscheidet, dass für ihn „arbeitende Menschen, die die Werte schaffen,... nur als abstrakte Kostenfaktoren vor(kommen)“.

Nun kriegen wir aber in ver.di, genauso wie die KollegInnen aus den Industriegewerkschaften, in der tagtäglichen gewerkschaftlichen Praxis vom „Bezug des Realkapitals zu den arbeitenden Menschen“ im Wesentlichen genau das mit, was das Kapital sowieso schon immer ausgemacht hat, nämlich eben „arbeitende Menschen als Kostenfaktoren zu betrachten“. Was soll also diese künstliche Gegenüberstellung? Hätte man geschrieben: „Kapital einsetzen und mit einem maximalen Profit zurückbekommen – das ist Grundprinzip kapitalistischen Wirtschaftens. Jeder Unternehmer verfährt so. Hedgefonds und Private-Equity-Fonds sind die gegenwärtig „modernste“ Form der Ausprägung dieses kapitalistischen Grundprinzips.“ – so hätte man erstens eine klare und nachvollziehbare Aussage getroffen, sich zweitens die schon rein logische Verwirrung zwischen „schlechten“ und „weniger schlechten“ Kapitalisten, die aber doch alle irgendwie nach dem maximalen Profit streben, erspart und drittens den allgemeinen Charakter der neuesten finanzkapitalistischen Erscheinungen einigermaßen auf den Punkt gebracht.

Das Festhalten an dieser Konstruktion lässt hingegen vermuten, dass hier unterstellt wird, das Kapital sei „früher“, als es noch nicht so viel Finanzkapital gab, irgendwie humaner oder doch wenigstens nicht so inhuman gewesen. Damit wird jedoch ein idealisiertes Bild des fordistischen Nachkriegsbooms zwischen Beginn der 50er und Beginn der 70er Jahre und der „sozialen Marktwirtschaft“ (auf die sich dieses Früher im Wesentlichen bezieht) zum Maßstab gemacht und dabei übersehen, dass es sich um eine historische Ausnahmesituation gehandelt hat, in der die Realökonomie expandierte wie nie zuvor. Die Hoffnung, man könne diesen historischen Ausnahmezustand mit einer „richtigen Politik“ heute wieder herstellen, ist jedoch auf Sand gebaut, was im Folgenden erläutert wird.

2.) Die zentrale These der Broschüre und gleichzeitig ihre grundlegendste Fehleinschätzung findet sich auf Seite 21: „Dass die Finanzmärkte heute immer dominanter werden, ist kein Sachzwang, sondern Folge politischer Weichenstellungen.“ Stimmt diese Analyse, so wäre allerdings von einer Verschwörung oder jedenfalls einer rein politisch-ideologisch motivierten Richtungsentscheidung in den Hinterzimmern der Macht auszugehen, die seit ungefähr Mitte der 70er Jahre praktisch auf dem gesamten Globus wirksam wurde – und genau in dieser Perspektive beschreibt die Broschüre ja auch für die Bundesrepublik die Politik der verschiedenen Regierungen seit Helmut Schmidt.

Alle Erklärungsversuche, die davon ausgehen, dass Leute wie F.A. Hayek und Milton Friedman eine marktradikale („neoliberale“) Lehre entwickelten und ihr dann mithilfe von



viel Geld, Beziehungen und einer guten Organisation in der ganzen Welt zum Sieg verholfen haben, ignorieren jedoch, dass sich diese Lehre nur auf dem Hintergrund einer tiefen Krise der keynesianistischen Regulation durchsetzen konnte, die spätestens Mitte der 70er Jahre selbst an ihre Grenzen gestoßen ist. Denn die Aufblähung der Finanzmärkte ist nicht etwa ursächlich durch die Deregulierung in Gang gesetzt worden, sondern war zunächst eine kapitalistisch „ganz normale“ Reaktion auf die Krise des Fordismus. Wie in jeder Krise wich das überschüssige Kapital, das keine ausreichenden Anlagemöglichkeiten mehr in der Realwirtschaft fand, in die Sphäre der Spekulation und des Kredits aus. Und wie in jeder Krise war dies zunächst nichts anderes als ein Krisenaufschub. Das heißt: die Krise schlug nur teilweise auf Realwirtschaft, Sozialsysteme und Lohnabhängige durch, weil das überschüssige Kapital in den Finanzmärkten ein Ventil fand und deshalb nicht entwertet wurde.

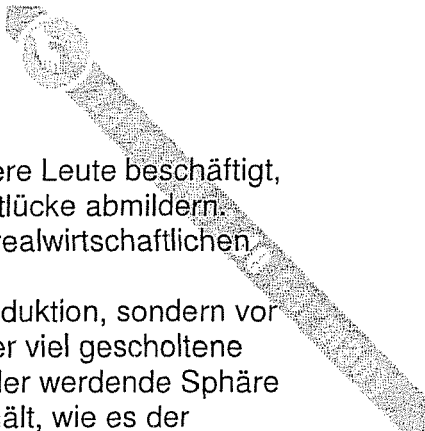
Richtig ist, dass die Politik ihren Teil dazu beitrug, dieses Ventil immer weiter zu öffnen. Doch ist sie keinesfalls der Verursacher des ungeheuren Ausweichdrucks (der ständig anwächst, weil immer mehr überschüssiges Kapital angehäuft wird), sondern hat auf diesen mit einer immer weitergehenden Deregulierung der Finanzmärkte reagiert. Insofern ist die Politik in diesem Fall (und nicht nur in diesem) viel eher Gejagter als Jäger.

Das heißt natürlich nicht, dass jede einzelne der Maßnahmen, wie sie in der Broschüre aufgelistet werden, unvermeidbar war. Auch ist es im einzelnen durchaus richtig, Forderungen nach einer Einschränkung der Aktivitäten etwa von Hedgefonds zu stellen. Aber darüber sollte man eines nicht vergessen: Auf's Ganze gesehen ist die gigantische Finanzblase nicht Ursache, sondern Wirkung der Krise des Fordismus, die eben keine bloß vorübergehende Krise war, sondern einen qualitativen Einbruch in der kapitalistischen Geschichte markiert. Denn sie war der Auftakt für die Entfesselung der mikroelektronischen Produktivkraftrevolution, die immer mehr Menschen in den Kernsektoren der Weltmarktproduktion für die kapitalistische Verwertung „überflüssig“ macht und daher marginalisiert und prekarisiert. Hier liegt die strukturelle Triebkraft für die immer stärkere soziale Polarisierung und die Zerstörung der Sozial- und Sicherungssysteme.

Das Finanzkapital beschleunigt zwar diese Prozesse ebenso wie die Globalisierung, ist darin aber nur Teil einer kapitalistischen Gesamtdynamik, die eine immer gewaltigere Zerstörungskraft entwickelt und immer mehr Menschen ins Abseits drängt. Wenn die Broschüre das Finanzkapital einseitig zur Ursache dieser Entwicklung erklärt, ist das also auch ökonomisch falsch.

3.) Mit der mikroelektronischen Produktivkraftrevolution wurde endgültig offenbar, dass sich der Kapitalismus des Nachkriegsbooms auch in den reichen Zentren auf Nimmerwiedersehen verabschiedet hatte: Während die Anzahl der produzierten Güter „explodierte“, „implodierte“ gleichzeitig die Anzahl der für ihre Produktion notwendigen Arbeitskräfte. Auf der anderen Seite sammelten und sammeln sich die Unternehmensgewinne an. Diese immer größeren Geldsummen können aber nicht einfach für Realgüter ausgegeben werden. Abgesehen davon, dass das „Realkapital“ bzw. dessen Eigentümer gar nicht so viel verarbeiten, vernutzen, verwahren oder „genießen“ könnten, würde das Auftreten solcher Geldmengen auf den Gütermärkten sofort eine gigantische Inflation herbeiführen.

„Immer mehr Geld strömt auf die Finanzmärkte.“ heißt es auf S. 15. Ja wohin soll es denn sonst strömen? Zum einen erwirtschaften die Unternehmen selber ja einen Teil ihrer Gewinne an den Finanzmärkten, es sähe folglich ohne sie um ihre Investitionsfähigkeit schlecht aus. Zum andern erwirbt das Geld dort Ansprüche auf künftige Gewinne, die heute schon gehandelt und sogar schon in der Gegenwart ausgegeben werden.



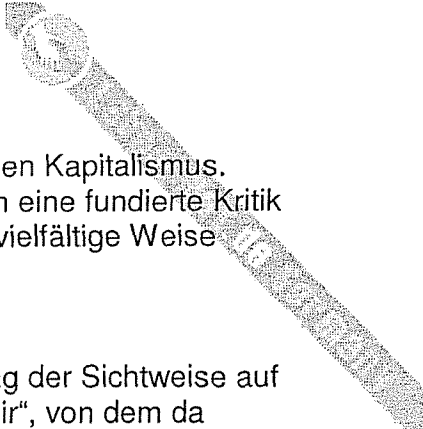
Außerdem werden hier Bankangestellte, Börsenmakler und viele andere Leute beschäftigt, die selber als Käufer auftreten und damit vorübergehend die Kaufkraftlücke abmildern. Aktien und andere Papiere werden in Höhen gejubelt, die von keiner realwirtschaftlichen Aktivität mehr gedeckt sind.

So wird die Weltwirtschaft schon lange nicht mehr durch die reale Produktion, sondern vor allem durch den Finanzüberbau am Laufen gehalten. Es ist gerade der viel gescholtene spekulative Sektor mit seinen Finanzblasen, der eine immer unrentabler werdende Sphäre der Produktion alimentiert und Geldmengen generiert und in Umlauf hält, wie es der produktive Bereich nie leisten könnte. Die mit rein spekulativen Finanzoperationen erzielten Gewinne sind mittlerweile ein unverzichtbarer Posten im Haushalt von Unternehmen, Staaten und Privatleuten geworden. Die enorme Staatsverschuldung der USA ist letztendlich der "Motor der Weltwirtschaft".

Finanzspekulation lässt sich nicht von den anderen ökonomischen Vorgängen im Kapitalismus trennen und anschließend bekämpfen. „Finanzmärkte und Realwirtschaft laufen auseinander“ heißt es an anderer Stelle. Aber würde man die Spekulationskrücke entfernen, dann würde die Weltwirtschaft gar nicht mehr funktionieren. Eine isolierte Spekulationskritik geht folglich ins Leere.

Wenn man Kritik an der Ökonomie übt – und die ist nun wirklich dringend geboten – dann muss man das System mit seiner Verwertungs- und Profitlogik als Ganzes im Blick behalten. Leider ist es besonders in Krisenzeiten immer wieder zu beobachten, dass dem Alltagsverstand die Vorgänge im Kapitalismus um so suspekter erscheinen, je weiter sie sich von ihrem eigentlichen Ursprung in der Sphäre von Produktion und Arbeit fortbewegen. Während die Warenproduktion weitgehend unkritisiert bleibt, gilt das kaufmännische Kapital schon als leicht verdächtig. Dem Geldkapital wird bereits Verachtung entgegengebracht und spätestens im Falle von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds bricht der blanke Hass aus. Diese spontane Denkweise des Alltagsverstands läuft auf die Trennung zwischen einem bösen „raffenden“ und einem guten „schaffenden“ Kapital hinaus – ein Bild, dass die Propaganda der Nazis bekanntlich (mit sehr großem Erfolg!) popularisiert hat.

4.) Eine gängige Argumentation lautet, mit dem Begriff der „Heuschrecke“ sei ja nur der strukturelle Vorgang gemeint, wonach die Private-Equity-Fonds „über Unternehmen herfallen, sie häufig faktisch ausplündern sowie Arbeitsplätze vernichten und sie nach kurzer Zeit wieder verkaufen.“ Doch auch dieser Vorgang ist alles andere als neu. Dass Kapital dahin fließt, wo der höchste Profit zu erwarten ist, diesen zu realisieren sucht und sich danach „ohne jede Rücksicht auf Verluste“ entweder anderen Betätigungsfeldern widmet oder die Ausbeutungsrate am gerade bearbeiteten Objekt noch einmal zu steigern sucht - dies ist dem Kapital immanent. Neu ist lediglich, dass unter den Bedingungen globaler mikroelektronischer Vernetzung immer größere Teile des Kapitals diese ihm innewohnende Tendenz in wesentlich schnellerem Tempo und wesentlich „effektiver“ realisieren können als zuvor (quasi „gleichzeitige“ Präsenz überall auf dem Globus). Auch hier wäre es also richtig, darauf zu verweisen, dass der moderne, informationstechnisch enorm aufgerüstete und globalisierte Kapitalismus seine Grundtendenz heute nur umso radikaler ausleben kann, anstatt das vermeintlich *gute produktive* dem *schlechtem spekulativen* Kapital gegenüberzustellen. Kapitalismus war noch nie ohne Spekulation, Zins, Banken und Finanzkapital zu haben. Er ist es heute umso weniger. Auch die Privatisierung des Gewinns und die Vergesellschaftung des Risikos waren im Übrigen schon immer charakteristisch für die kapitalistische Wirtschaft. Hedgefonds und Private-Equity-Fonds sind auch insofern nichts wirklich Neues unter der Sonne. Neu ist allein das



Ausmaß der Krisenhaftigkeit und der destruktiven Potenz des modernen Kapitalismus. Angesagt ist folglich keine isolierte Kritik „des Finanzkapitals“, sondern eine fundierte Kritik des globalisierten Kapitalismus, der unser aller Lebensgrundlage auf vielfältige Weise immer mehr zerstört.

5.) Schon der erste Satz des Textes macht eine gefährliche Verengung der Sichtweise auf das Thema deutlich: „Wir alle haben einen Personalausweis.“ Das „Wir“, von dem da ausgegangen wird, ist ganz offensichtlich das Kollektiv „der Deutschen“. Ist es den VerfasserInnen der Broschüre wirklich entgangen, dass Millionen Menschen ohne die deutsche Staatsbürgerschaft in Deutschland leben und deswegen vielfältigen Benachteiligungen und Diskriminierungen ausgesetzt sind, gerade auch in den Betrieben und Verwaltungen? Ist es nicht ureigenste gewerkschaftliche Aufgabe, Solidarität zwischen Deutschen und Nichtdeutschen zu entwickeln? Stattdessen behandelt die Broschüre das Kollektiv der „Deutschen“ und „Deutschland“ als positive Bezugsgrößen: Auf Seite 17 spielen geldgierige Typen an einem einarmigen Banditen mit dem Namen „Finanzplatz Deutschland“, der Finanzminister steht untätig dabei und macht sich Illusionen. Die Karikatur wäre auch nicht wesentlich besser gewesen, wenn der Bandit „Finanzplatz Industrie“ oder „Finanzplatz Realwirtschaft“ geheißen hätte, aber es ist ihr ganz offensichtlich wichtig, mitzuteilen, wie übel eben gerade Deutschland mitgespielt wird. Auf Seite 7 wird geschildert, wie bei Cewe in Oldenburg die Übernahme durch einen Hedgefond verhindert wurde. Statt nun zu schlussfolgern, was nahe läge, nämlich dass die Absichten eines Hedgefonds von der Belegschaft oder in diesem Fall wohl eher vom Management durchkreuzt wurden, wird das Resümee gezogen: „Diesmal hat noch Oldenburg gegen New York gewonnen“. Das Management eines mittelständischen Betriebes steht also für „Oldenburg“, das Finanzkapital für „New York“: „wir“ werden von „New York“ bedroht, das gute Deutschland muss gegen den Angriff der bösen USA verteidigt werden. Auf Seite 20 wird von der „Unterwanderung des Rheinischen Kapitalismus“ geredet, auch dieses Bild unterstreicht, dass es sich um etwas handelt, was „von außen“ auf „uns“ zukommt und „unseren“, offenbar irgendwie „besseren“ Kapitalismus beseitigen will. Wenn auf Seite 24 gefordert wird, das Geld solle wieder „verstärkt in die inländische (wohl verschämt für: deutsche) Produktion statt auf internationale Finanzmärkte“ fließen, wird auch hier der positive Bezug auf das nationale Kollektiv deutlich. Was aber in einer globalisierten Welt überhaupt noch „inländische“ oder „deutsche“ Produktion sein soll, kann ja wohl niemand mehr rational erklären.

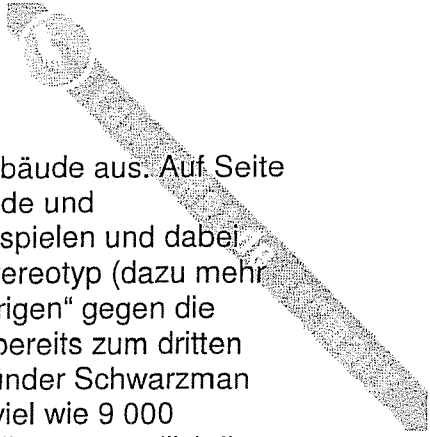
6.) Auf einen weiteren Aspekt in diesem Zusammenhang, der eine unmissverständliche Positionierung der Gewerkschaften erfordert – wenn das auch den Rahmen der Debatte um diese Broschüre sprengt – möchten wir wenigstens hinweisen: Auf Seite 2 heißt es „'Deutschland ist Profiteur der Globalisierung', sagt Finanzminister Steinbrück. Das ist nicht ganz richtig, denn Profiteure sind deutsche Unternehmer.“ Dagegen bleibt festzuhalten, dass auch nicht wenige deutsche Arbeitnehmer Profiteure der Globalisierung sind. Der Umstand, dass Deutschland „Exportweltmeister“ ist – und gerade ver.di wird ja zurecht nicht müde, auf diesen Sachverhalt hinzuweisen, wenn es um die Abwehr des Ansinnens geht, wonach die Gewerkschaften im Interesse der Konjunktur Lohnzurückhaltung üben müssten – beschert nicht wenigen Leuten in Deutschland einen Arbeitsplatz und einen im internationalen Maßstab gesehen relativ hohen Lebensstandard. Beides wäre gefährdet – und das weiß auch die Mehrheit der Bevölkerung wie der Gewerkschaftsmitglieder ziemlich genau – wenn internationale Konkurrenten Deutschland diesen Titel streitig machen würden. Geht es den Gewerkschaften also um die

Verteidigung des Standorts Deutschland oder geht es ihnen um internationale Solidarität der Lohnabhängigen?

7.) Was heißt das alles für die Gewerkschaften? Mit Sicherheit nicht, sich dem Schicksal ergeben, „weil man ja doch nichts machen kann“. Ebenso wenig, dass man auf abstrakte „Revolutionspropaganda“ umschalten sollte. Es bleibt uns nichts, als das zu versuchen, was wir sowieso im Wesentlichen noch machen (aber bitte mit größerer Verve, nur das ist wieder ein anders Thema): Notwehrmaßnahmen gegen die schlimmsten Zumutungen ergreifen, nach Möglichkeit Grenzen setzen und dort, wo es möglich ist, auch Verbesserungen durchsetzen, seien sie auch zeitweilig und brüchig. Insofern ist es natürlich prinzipiell richtig, Forderungen an den Staat zu stellen. Wir sollten uns dabei allerdings vor der Illusion hüten, es könne wieder einen politisch regulierten Kapitalismus nach dem Vorbild der 50er und 60er Jahre geben. Diese Zeiten sind vorbei. Angesagt ist Gegenwehr unter den Bedingungen eines zunehmend krisenhaften Kapitalismus. Deswegen ist es für die Gewerkschaften überlebensnotwendig, ihre tagtägliche konkrete Arbeit mit der Verbreitung einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik zu verbinden. Eine isolierte Kritik des „Finanzkapitalismus“ muss dagegen oberflächlich und falsch bleiben, sie bedient, wenn auch ungewollt, nicht die Kritik, sondern das Ressentiment. Auffallend ist – nebenbei bemerkt – auch der deutliche Kontrast zwischen dem oft genug staatstragend-zurückhaltendem Auftreten der Gewerkschaft in der Praxis und der scheinbar so radikal daherkommenden Polemik gegen das Finanzkapital, die in diesem Lichte besehen geradezu kompensatorischen Charakter annimmt.

8.) Bevor wir auf das - zugegebenermaßen schwierige – Thema der notwendigen Vermittlung eingehen, hier noch einige Bemerkungen zu den in der Broschüre verwendeten Karikaturen, denn sie zeigen überdeutlich, wie man es *auf keinen Fall* machen darf:

Der „uns“ bedrohende, aggressive Charakter der Heuschrecken ist unübersehbar und gewollt herausgearbeitet. Der verschiedentlich, auch bereits auf dem Titelblatt auftauchende, sich im Unendlichen verlierende Schwarm weckt Assoziationen an das Bild der „anschwellenden Flut“, die sich über „uns“ ergießt. Willige Helfershelfer, unschwer erkennbar als Mitglieder der Bundesregierung, rollen dieser bedrohlichen Flut den Roten Teppich aus (Seite 1), eine Szene, die nicht von ungefähr an einen Staatsbesuch erinnert: Da drängt etwas Fremdes und Bedrohliches in „unser Land“ hinein und einige verräterische Kollaborateure erleichtern ihm sein Vorhaben. Das Bild von der „Flut“ wird auf Seite 19 in abgewandelter Form bedient: Ein Tsunami aus Geldbündeln schwappt über das Land und die ängstlich flüchtenden Menschen. Wollte man sich unbedingt für dieses sowieso fragwürdige Bild entscheiden, um Funktionsmechanismen des Finanzkapitalismus zu verdeutlichen, hätte man es dabei auch bewenden lassen können. Aber nein, ganz oben auf der Flutwelle erscheint „natürlich“ wieder ein Mensch, der zähnebleckend auf ihr surft, es wird erneut – und ohne Not – personalisiert. Eine weitere Variation findet sich auf Seite 21: Da kommen drei Heuschrecken – davon die eine, um jedes Missverständnis von vornherein zu verhindern, mit Brille, Anzug und Krawatte – diesmal auch noch von Haien eskortiert übers Meer auf „unser Land“ zugerast. Und wieder machen es ihnen verräterische Helfershelfer leicht: sie zerstören den schützenden Deich, schon ergießt sich die Flut ins Land und die Heuschreckenden richten ihre starren Blicke auf die friedlich vor sich hinqualmende, ehrlich und ahnungslos arbeitende Fabrik. Das Bild auf Seite 3 macht ebenfalls in aller Offenheit klar, dass die Broschüre ständig mit Personifizierungen operiert: Drei gierige Personen, davon zwei als Menschen gezeichnet, die mittlere als Heuschrecke erkenntlich, (wie um klarzumachen, was die andern beiden in



Wirklichkeit auch sind), saugen und quetschen Fabriken und Wohngebäude aus. Auf Seite 5 fehlen die Heuschrecken schließlich völlig, es sind nur noch grinsende und zähnebleckende Menschen zu sehen, die mit der Weltkugel Roulette spielen und dabei Geldstapel vor sich anhäufen. Das Bild bedient ein antisemitisches Stereotyp (dazu mehr im folgenden Absatz): Es beschreibt eine Verschwörung der „Geldgierigen“ gegen die ganze Welt. Ist es ein Zufall, dass auf Seite 9, unmittelbar unter der (bereits zum dritten Mal abgebildeten) Heuschreckenflut zu lesen ist: „Der Blackstone-Gründer Schwarzman hat 2006 ein Einkommen von knapp 300 Millionen Euro kassiert – soviel wie 9 000 Beschäftigte mit durchschnittlichem Einkommen in Deutschland.“? Selbstverständlich liegt die Assoziation in der Luft: „Diese Heuschrecke!“ Und genau so denkt es sich das Alltagsbewusstsein immer häufiger. Die Karikaturen bedienen durchgängig personalisierendes und biologisierendes Ressentiment.

9.) Was bleibt, ist das Problem der Vermittlung. Natürlich ist die alles andere als einfach, aber gerade deswegen sollten wir nicht den einfachsten Weg gehen und uns unkritisch an problematische Stimmungslagen „dranhängen“. Ja, die Heuschreckenmetapher hat sich in der letzten Zeit rasend schnell verbreitet. Aber ist sie deswegen schon gut, müssen wir sie deswegen auch übernehmen? Und vor allem können wir nicht davon absehen, wofür dieses Sinnbild steht und welche Assoziationen es weckt. Es gibt eine Geschichte auch in Bezug auf Sinnbilder, die wir immer mitdenken müssen.

Die Heuschreckenmetapher ist in Deutschland spätestens seit Veit Harlans "Jud Süß" eindeutig antisemitisch besetzt: "Wie die Heuschrecken fallen sie über uns her!" Dass die Juden Träger der „Geldgier“ seien, gehört zu den bis heute am hartnäckigsten verbreiteten antisemitischen Stereotypen. Die Kombination aus beidem bereits auf dem Titelblatt bietet geradezu ideale Andockpunkte für antisemitische Projektionen.

Wir betonen ausdrücklich, dass wir niemandem der Verantwortlichen irgendwelche Absichten in diese Richtung unterstellen. Das wäre in der Sache völlig daneben und obendrein persönlich unfair. Uns geht es um eine teilweise in der Gewerkschaft verbreitete erschreckende Unsensibilität, ggf. auch Unkenntnis, die dringend überwunden werden sollte.

Selbstredend kann eine Gewerkschaft ihren Aktiven, Mitgliedern und der Öffentlichkeit nicht nur den „nackten wissenschaftlichen Diskurs“ bieten. Hier sind Kreativität und Phantasie gefragt. Leichter wird es nicht dadurch, dass wir natürlich in unserer Arbeit vor Ort immer wieder gezwungen sind, bestimmte Personen für bestimmte Maßnahmen und Entscheidungen (z.B. den Privatisierungsversuch eines Krankenhauses) verantwortlich zu machen. Denn klar: es sind immer konkrete Menschen, die als kapitalistische Funktionsträger auftreten. Aber grundsätzlich wären z.B. Fragen wie diese zu stellen und durchaus auch zu popularisieren: „Machen wir ein Gedankenexperiment. Nehmen wir an, ein Manager würde nur

3 000 Euro im Monat verdienen und nicht mehr. Möglicherweise würde er sich in einzelnen Fällen anders verhalten. Aber könnte er grundsätzlich andere Entscheidungen treffen, als er dies heute tut?“ Die Antwort lautet natürlich Nein, denn er muss ja – bei Strafe seines „Untergangs“ und desjenigen „seines“ Betriebes die Diktate des Marktes exekutieren. Mit solchen Fragen wären wir evtl. auf dem richtigen Weg, nämlich zu vermitteln, dass es sich wirklich um Funktionsmechanismen handelt und dass es letztendlich gilt, eben diese auszuhebeln.

10.) Es ist zugegeben ein schmaler Grat, der da beschriftet werden muss. Aber die Grenze muss auf jeden Fall dort gezogen werden, wo Personalisierung Gefahr läuft,

Ressentiment zu fördern. Die Heuschreckenmetapher überschreitet diese Linie gleich mehrfach.

Dass die meisten Leute (noch) nicht wieder an „Juden“ denken, wenn sie von den „Heuschrecken“ hören, stimmt. Grund zur Beruhigung gibt das aber nicht. Wir verweisen auf zwei Studien:

a) Friedrich-Ebert-Stiftung: „Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“, 2006.

<http://www.fes.de/rechtsextremismus/inhalt/studie.htm> Sie kommt zu dem Schluss, dass ca. 15 bis 20% der Deutschen Sätzen zustimmen wie diesen: „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“, „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen“ und „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“. Die Autoren konstatieren bei ca. 8 Prozent der Nichtmitglieder und bei ca. 11 Prozent (!) der Mitglieder von Gewerkschaften stabile antisemitische Einstellungen.

b) Die Studie von Fichter/Kreis/Stöss/Zeuner im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“, ebenfalls 2006. http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_downl.htm Die Autoren konstatieren bei ca. 20 Prozent (!) der Gewerkschaftsmitglieder ein rechtsextremistisches Weltbild. Dass diese Zahlen nicht gesponnen sind, kann jedeR immer wieder aus vielen Alltagsgesprächen heraushören. Es gibt keinerlei Grund, das auf die leichte Schulter zu nehmen.

Aber selbst wenn überhaupt niemand beim Stichwort „Heuschrecken“ an „Juden“ denken würde – wovon wie gesagt nicht auszugehen ist – bliebe die Sache hochproblematisch. Denn dieses äußerst stammtischkompatible Bild bedient die verbreitete Stimmung, wonach „wir alle“ von einigen wenigen Gierigen, die „uns“ belügen und betrügen, übers Ohr gehauen werden. Es ist unübersehbar, wie sich diese einfältige und hochgefährliche „Welterklärung“ in immer mehr Köpfen einnistet. Sie gebiert heute schon (wieder!) den Ruf nach dem starken Mann, der endlich „damit aufräumt“. Das Heuschreckenbild bedient dieses plumpe Weltbild geradezu ideal.

Dass solche Bilder „spontan“ unter den Menschen entstehen, ist schlimm genug, aber es ist noch einmal etwas ganz anderes, wenn ein Gewerkschaftsapparat diese Bilder bewusst in die Organisation hineinträgt. Die Geister, die wir damit rufen, werden wir nicht mehr los.

Bitte erkennt Eure Verantwortung und lasst es bleiben!

**Die üble Antwort der VerfasserInnen der ver.di-Broschüre
„Finanzkapitalismus – Geldgier in Reinkultur!“ auf die Kritik
„Mensch, denk weiter! ‚Heuschrecken‘ sind keine Erklärung...“**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach dem Erscheinen unserer neuen Broschüre „Finanzkapitalismus. Geldgier in Reinkultur“ hat uns vereinzelt Kritik erreicht, die sich auf die verwendete Heuschrecken-Metapher und die Differenzierung von Arten des Kapitalismus bezieht. Hierzu nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir sind in der Tat der Meinung, dass wir gegenwärtig eine neue Form des Kapitalismus erleben. Vor allem die mit Hedge- und Private-Equity-Fonds erfolgte Trennung von den konkreten Inhalten der jeweiligen Produktion/Unternehmen hat eine neue Qualität. Diese ist auch verantwortlich für neue Dimensionen hinsichtlich Zerschlagung und Verlagerung von Betrieben und des besonders radikalen Abbaus von Arbeitsplätzen. Auf dem Punkt gebracht kommt das in dem Satz zum Ausdruck, dass Finanzinvestoren nicht *mit* Unternehmen Geld verdienen wollen, sondern *an* ihnen (S. 8 unserer Broschüre). Zur Untermauerung dieser Position verweisen wir auf eine Reihe von wissenschaftlichen Studien zum Thema. Hierzu gehören nicht zuletzt die Veröffentlichungen von Jörg Hüffschmid (v.a. die Monografie „Politische Ökonomie der Finanzmärkte“) oder auch ganz aktuelle Aufsätze wie die von Jürgen Beyer („Primat der Finanzmarktorientierung“, in: Berliner Debatte Initial, Nr. 4/5, 2007, S. 56-64) oder von Jeppe F. Jörgensen („Die ‚Heuschrecken‘ und ihre Kritiker“, in: Berliner Debatte Initial, Nr. 4/5, 2007, S. 37-46).

Auch Beispiele aus der Praxis zeigen, dass es im real existierenden Kapitalismus sehr wohl Unterschiede gibt. Auf der kürzlich in Berlin von der Hans-Böckler-Stiftung veranstalteten Tagung „Made in Germany“ im Griff der Finanzmärkte“ berichteten u.a. Thekla von Holdt, Betriebsratsvorsitzende der CEWE Color AG und Rolf Hollander, Vorstandsvorsitzender von CEWE Color von ihren Erfahrungen mit den Finanzinvestoren. Dabei wurde eindrucksvoll deutlich, dass „Kapital“ nicht gleich „Kapital“ ist. Solche Berichte aus der Praxis sind zur Kenntnis zu nehmen, wenn man ein differenzierteres Bild über gegenwärtige Entwicklungen im Kapitalismus erhalten will. Offensichtlich wird, dass „Kapitalismus“ nicht gleich „Kapitalismus“ ist. In diesem Sinne hatte bereits John Maynard Keynes 1936 in seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ vor einer überhand nehmenden Spekulation gewarnt: „Spekulationen mögen unschädlich sein als Seifenblasen auf einem steten Strom der Unternehmenslust. Aber die Lage wird ernsthaft, wenn die Unternehmenslust die Seifenblase auf dem Strudel der Spekulationen wird.“ Wir haben dieses Zitat auf S. 16 unserer Broschüre abgedruckt.

Vereinzelt wird betont, dass die gegenwärtige Entwicklung nicht von der Entwicklung auf den Finanzmärkten dominiert wird, sondern eine tieferliegende „Krise der Fordismus“ widerspiegeln. Letztere sei dadurch charakterisiert, dass die mikroelektronische Produktivkraftrevolution immer mehr Menschen in den Kernsektoren der Weltmarktproduktion für die kapitalistische Verwertung ‚überflüssig‘ mache und damit die Ursache der ganzen Malaise sei. Diese Erklärung halten wir für zu einfach. Hier empfehlen wir die Ausführungen von Heiner Flassbeck/Friederike Spieker in ihrem neuen Buch („Das Ende der Massenarbeitslosigkeit“) in dem dargelegt wird, dass nicht die Produktivkraftsteigerung das Problem sind, sondern der politische Umgang damit, sprich die falschen Rahmenbedingungen, die von der Politik gesetzt wurden und werden (vgl. dort insbes. S. 34ff.). Und um Rahmenbedingungen geht es auch in unserer Broschüre. Statt den Finanzinvestoren den bildlichen „roten Teppich“ auszurollen, geht es um eine Reregulierung der Finanzmärkte. Vorschläge haben wir am Ende aufgelistet. Apropos „roter Teppich“: Auch diese Metapher wird so interpretiert, als würden wir damit unterstellen, dass etwas „Fremdes“ und „Bedrohliches“ ins Land

dränge. Diese Assoziation halten wir ebenfalls für recht einseitig: erstens wird sicher nicht jeder Staatsbesuch als bedrohlich empfunden, zweitens gibt es rote Teppiche nicht nur bei Staatsbesuchen, sondern bei vielerlei Gelegenheiten, bei denen jemand verdient oder unverdient hofiert werden soll.

Damit sind wir beim besonders kritisierten Bild der Heuschrecke. Hierüber haben wir natürlich auch im Vorfeld diskutiert. Allerdings sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass man bei dem Thema – nicht zuletzt wegen des die Debatte ausgelöst habenden Müntefering-Zitats – um dieses Bild bzw. diesen Begriff gar nicht herum kommt. Auch wissenschaftliche Publikationen zu dem Thema greifen den Begriff zunehmend auf (vgl. pars pro toto neben der bereits genannten auch Seifert, Werner G./Voth, Hans-Joachim: Invasion der Heuschrecken. Intrigen - Machtkämpfe - Marktmanipulation. Wie Hedge Fonds die Deutschland AG attackieren). Umständliche Umschreibungen wären ansonsten nötig geworden. Letztlich wäre es aber gar nicht zu vermeiden gewesen, dass der Leserin/dem Leser früher oder später deutlich wird, dass wir natürlich die vielbeschriebenen „Heuschrecken“ meinen. Aus der Verwendung der Heuschrecken-Metapher den Vorwurf abzuleiten, wir würden rechtsextremen Positionen Vorschub leisten, weil „unbewusst“ oder „implizit“ ein Zusammenhang zwischen „Heuschrecken“ und „Juden“ hergestellt würde, können wir nicht nachvollziehen.

Zur Frage der Globalisierung vertreten wir den Standpunkt, dass Deutschland insgesamt Gewinner der Globalisierung ist. Trotzdem gibt es auch Verlierer. Der Exportweltmeister wurde nämlich mittels einer massiven Schwächung der Binnennachfrage durch extremen Druck auf die Löhne begünstigt. Die schlechten Rahmenbedingungen für gewerkschaftliche Tarifpolitik wurden wiederum durch die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze hergestellt. Natürlich geht es auch uns um die internationale Solidarität der Lohnabhängigen. Aber gerade die Lohnentwicklung in Deutschland ist der europäische Sonderweg, der einen enormen Lohndruck auf andere Länder ausübt, da sich deren Wettbewerbsfähigkeit durch das deutsche Lohndumping – teilweise stark - verschlechtert hat.

Insofern wissen wir sehr wohl um unsere Verantwortung und werden gerade deshalb unsere Aufklärung über den Finanzkapitalismus weiter fortsetzen. Fast scheint es uns nach den einzelnen kritischen Ausführungen zu unserer Broschüre, als bliebe nur die Wahl zum Thema zu schweigen. Argumentationsketten die von der Heuschrecken-Metapher direkt zum nationalsozialistischen Vernichtungswahn führen (Heuschrecken – raffendes Kapital – Nazi Propaganda – „Jud Süß“ - „Tor zur Hölle“) wären wahrscheinlich immer aufzumachen – auch dann, wenn wir die Heuschrecken als eingeführtes Symbol gar nicht benutzt hätten. Dann würde man in der Argumentationskette einfach beim „raffenden Kapital“ angefangen, auch wenn wir diesen Begriff bewusst gar nicht benutzt haben.

Ganz zum Thema zu schweigen wäre aber sicherlich die schlechteste Lösung. Zuma es in einem der vielen Kommentare zur Broschüre heißt: „Das Heft ist super gemacht, Ross und Reiter werden genannt, Gegenstrategien aufgezeigt. Einfach klasse! Ich sage: DANKE! Gut dass es Euch gibt!“

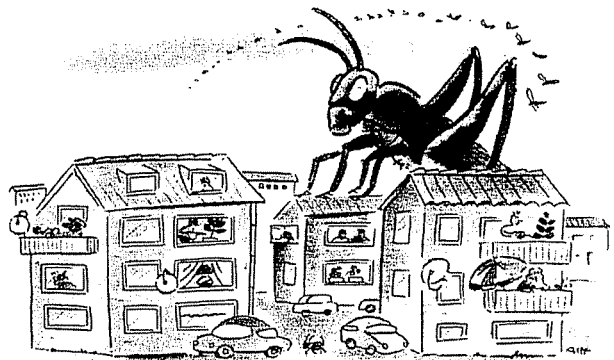
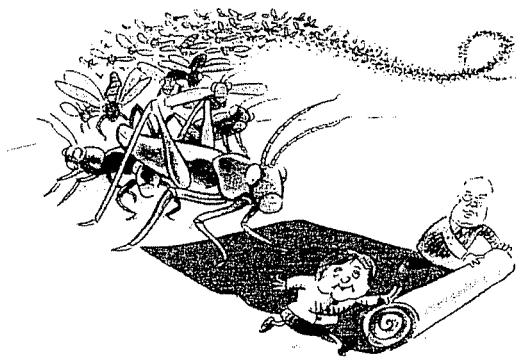
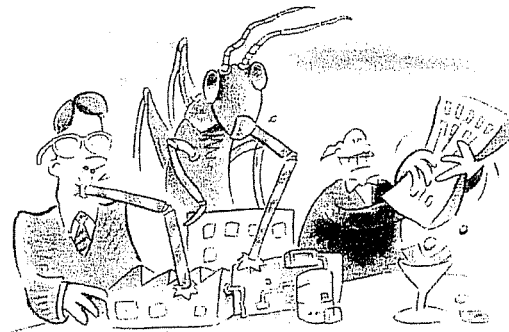
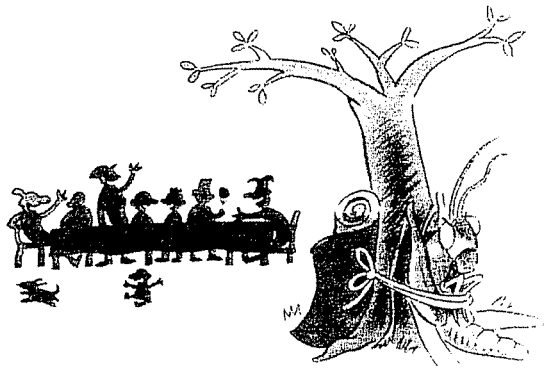
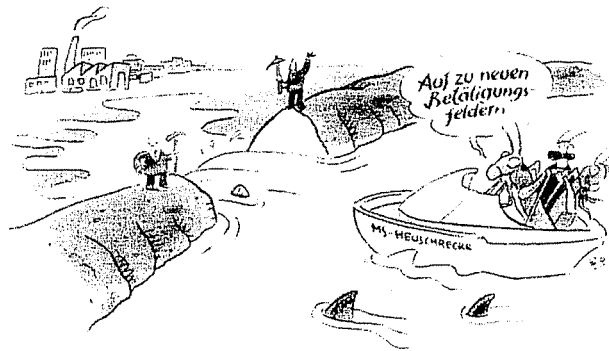
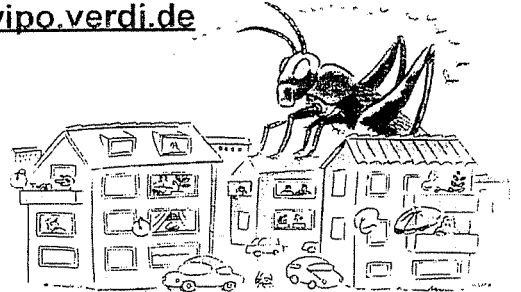
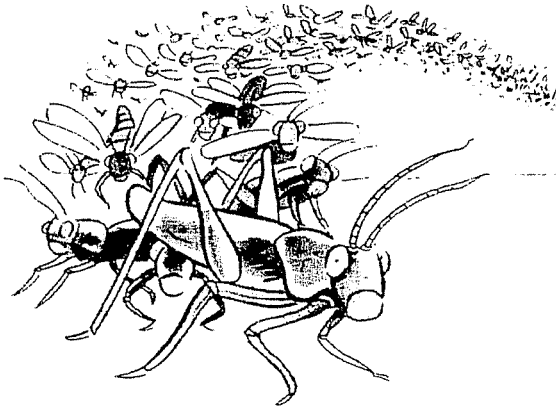
In dem Sinne arbeiten wir weiter!

Beste Grüße

die KollegInnen des Bereichs Wirtschaftspolitik beim ver.di Bundesvorstand

Collage mit antisemitischen Abbildungen aus der Broschüre von ver.di „Finanzkapitalismus. Geldgier in Reinkultur“

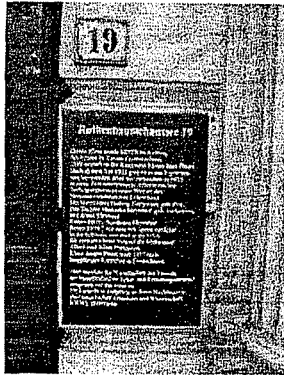
www.wipo.verdi.de



4. GEW:

Protest gegen das Beharren auf dem Besitz eines „arisierten“ Hauses der GEW Hamburg

- **Erklärung der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Sonderpädagogik vom 15.12.2008**
- **Offener Brief von Mitgliedern AG Ro 19 der GEW Hamburg: „Darf eine Gewerkschaft arisiertes Eigentum behalten?“**



Erklärung der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Sonderpädagogik vom 15.12.2008

Seit mehreren Jahren wird innerhalb der GEW kontrovers über den Umgang mit dem Haus Rothenbaumchausee diskutiert. Die Auseinandersetzung dreht sich vor allem um die Frage, ob der Verkauf des Hauses unter Zwang geschah oder aber ein „normales“ Immobiliengeschäft war und somit ohne Bedenken von der GEW beansprucht werden kann.

Zwei Landesvertreterversammlungen beschäftigten sich mit dem Gegenstand und kamen mehrheitlich zu dem Ergebnis, dass es keinen sicheren Beweis für die Zwangssituation der jüdischen Vorbesitzer gibt. Die Fachgruppe ist der Auffassung, dass es hier nicht um eine „Beweisführung“ wie in einem x-beliebigen Rechtsstreit geht, sondern dass wir als Gewerkschaft – insbesondere auch als Fachgruppe Sonderpädagogik - Verantwortung tragen.

Die Fachgruppe Sonderpädagogik der GEW Hamburg erklärt deshalb:

„Die „Gesellschaft der Freunde“ / GEW Hamburg beanspruchte nach 1945 neben ihrem ursprünglichen Eigentum (Curio-Haus) auch das Haus Rothenbaumchausee 19 (Ro 19).

Die jüdischen Vorbesitzer hatten die Immobilie 1935 in einer Zeit zunehmenden antisemitischen Verfolgungsdrucks unter Wert an den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) verkauft, da sie vor der rassistischen Verfolgung aus Deutschland fliehen wollten. Sie standen unter Zwang und Zeitdruck. Ihr Entschluss zum Verkauf war nicht frei. Der Kaufpreis war nicht angemessen. Letztlich konnten sie über den Verkaufserlös nicht frei verfügen. Käufer und Verkäufer waren keine gleichberechtigten Handelspartner. Zu dieser Zeit bestand in Deutschland kein Rechtsstaat mehr. Es herrschte staatlicher Terror. Juden wurden kollektiv verfolgt.

Dieses Handeln widerspricht den politischen und moralischen Vorstellungen der Fachgruppe Sonderpädagogik der GEW Hamburg. Sie anerkennt, dass den jüdischen Vorbesitzern beim Verkauf 1935 Unrecht geschehen ist, das nach 1945 nicht anerkannt wurde. In den Umständen der Inbesitznahme von Ro 19 nach 1945 sehen wir ein politisches und moralisches Versagen der damaligen Lehrgewerkschaft, zu deren Erbe wir gehören.

Die Fachgruppe Sonderpädagogik ist beschämt über den anhaltenden Besitz dieses Hauses. Sie wünscht eine Trennung von dem Gebäude und eine Nutzung, die der Geschichte des Hauses Rechnung trägt.“

Darf eine Gewerkschaft arisiertes Eigentum behalten?

Ein offener Brief an die Gedenkveranstaltung „Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten 1933“ am 2. Mai 2007 im Gewerkschaftshaus Hamburg

Die Bildungsgewerkschaft GEW Hamburg ist bis heute Eigentümerin des Hauses Rothenbaumchaussee 19 (Ro 19). Dieses Haus wurde 1935 vom Nationalsozialistischen Lehrerbund den jüdischen Vorbesitzern zu einem deutlich zu niedrigen Preis abgekauft. Die meisten jüdischen Vorbesitzer flohen kurz danach vor dem Naziterror in das Ausland. Nach 1945 trickste die neu gegründete GEW Hamburg, erklärte sich quasi zur Rechtsnachfolgerin des NSLB und erhob Anspruch auf Ro 19. Dieses dubiose Vorgehen hatte Erfolg, der GEW Hamburg wurde Ro 19 zu Beginn der 50er Jahre übertragen.

Die Landesvertreterversammlung der GEW hat am 23. April mit 57 zu 50 Stimmen bei 10 Enthaltungen beschlossen, das arisierte Haus Ro 19 im Eigentum der GEW zu belassen. Der Vorschlag, es der Stadt Hamburg unter der Maßgabe, dort ein jüdisches Museum zu errichten, zu verkaufen und einen noch festzulegenden Teil der Kaufsumme zu spenden, wurde abgelehnt. Für eine solche Lösung hatten Kulturpolitiker aller Bürgerschaftsfraktionen, Vertreter der Kulturbehörde, die Leitung des Hamburg Museums und die Jüdische Gemeinde plädiert. Stattdessen wurde vom GEW- Vorsitzenden Klaus Bullan alternativ vorgeschlagen, mit € 10.000,- den BERTINI-Preis aufzustocken. Diese Spende wurde jedoch vom Vorstand des BERTINI-Preises abgelehnt. Ralph Giordano erklärte: „BERTINI-Preis und Arisierung passen nicht zusammen!“ Während der LVV änderte der GEW- Vorsitzende daraufhin nur den Adressaten des Schecks.

Der BERTINI-Preis war besonders darüber empört, dass der GEW- Vorsitzende für seine Entscheidung ein Gutachten von Jörg Berlin heranzog, der eine Arisierung im Falle Ro 19 verneinte. Die jüdischen Opfer seien, so Jörg Berlin, nicht geflohen, sondern hätten sich aus wirtschaftlichen und familiären Gründen in die Schweiz ausgesiedelt. Des Weiteren wurde behauptet, dass die Vermögensträgerin des NS Lehrerbundes zum Zeitpunkt des Ankaufs 1935 noch eine rechtstaatlich und gewerkschaftlich eigenständig handelnde Organisation gewesen, der Ankauf daher von einer Gewerkschaft vollzogen worden sei, womit Ro 19 das moralisch-politisch rechtmäßige Eigentum der GEW Hamburg sei.

Indem der Vorsitzende der GEW Hamburg seinen erfolgreichen Antrag, wie mit Ro 19 zu verfahren sei, auf ein solch dubioses Gutachten (Giordano: „Infamie“!) stützt, verlässt zum ersten Mal eine DGB- Gewerkschaft den Konsens aller Wissenschaftler und Antifaschisten, dass nämlich jeder Vermögensübertrag aus jüdischem in „arisches“ Eigentum in der kollektiven antisemitischen Verfolgungssituation stattfand und als Arisierung einzuordnen ist. Ausgerechnet die GEW- Hamburg, die ohne Druck von außen und aus eigener Kraft die Geschichte ihres arisierten Gebäudes Ro 19 akribisch aufgeklärt und öffentlich diskutiert hat, welche Schlussfolgerungen zu ziehen sind, hat jetzt diesen Schwenk vollzogen.

Wir protestieren als Gewerkschafter gegen den Versuch in unseren Reihen, die Geschichte des Nationalsozialismus um zu interpretieren.

Eine Gewerkschaft kann und darf nicht Eigentümerin eines arisierten Hauses sein.

Bernhard Nette, Stefan Romey (Mitglieder der AG Ro 19 der GEW Hamburg)

5. DGB:

Erfolgreicher Protest gegen DGB-Plakat „1a Deutsche Muskelarbeit“

- **Zurückgezogenes Plakat des DGB**
- **Erklärung der „Arbeitsgemeinschafts für gewerkschaftliche Fragen (AgF) Marburg – DGB Mittelhessen“: „Standortnationalismus statt internationale Solidarität“**

Zurückgezogenes Plakat des DGB

Nach Protesten aus mehreren Gewerkschaftsgliederungen wurde dieses DGB-Plakat zurückgezogen!

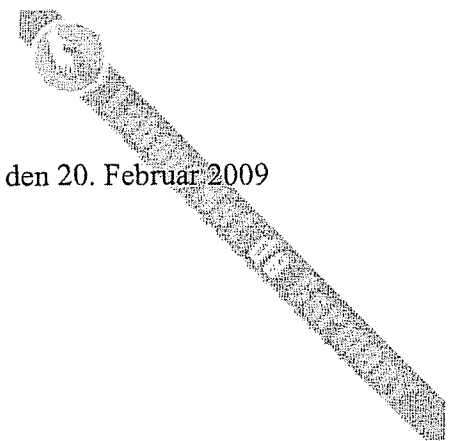


Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen
c/o DGB Mittelhessen
Bahnhofstr. 6
35037 Marburg

vorstand@agf-marburg.de

<http://www.agf-marburg.de>

Marburg, den 20. Februar 2009



Standortnationalismus statt internationale Solidarität?

DGB-Plakat zum 1. Mai 2009 zurücknehmen!

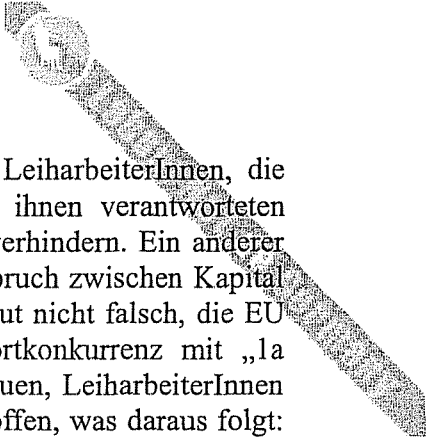
Nachträgliche Anmerkung der AgF: Dieses Plakat ist mindestens interpretationsfähig; im Folgenden interpretieren wir es durch die Brille unserer kritischen Betrachtung. Bitte lest unsere Interpretation sorgfältig!

Kein Lohnpreiskrieg! Unter diesem Motto steht ein diesjähriges (zur optionalen Verwendung gestelltes) Maiplakat des DGB zum 1. Mai. Vom Plakat glänzt uns ein eingeschweißtes Hähnchen entgegen - Erzeugnis (oder Symbol?) „1a deutscher Muskelarbeit“. Das Produkt, so suggeriert das Plakat, ist derzeit im Sonderangebot zu haben: 22% „Frauenrabatt“, „preiswert durch Praktikanten“, „jetzt ohne teure Westlöhne“, „EU Sonderpreis“ und „Sonderposten aus Leiharbeit“. Die Botschaft ist klar - so scheint es zunächst: Die „1a deutsche Muskelarbeit“ wird unter ihrem Wert verkauft. Schuld daran: der Lohnpreiskrieg. Auf den zweiten Blick ist nichts mehr klar: Was ist eigentlich „1a deutsche Muskelarbeit“? Wer führt hier Krieg gegen wen und warum? Was hat das mit dem Tag der internationalen ArbeiterInnensolidarität zu tun? Auch wenn das Plakat (vermutlich) ironisch gemeint ist und damit Aufmerksamkeit auf sich lenken soll, transportiert es eine – äußerst problematische – Botschaft.

Die „1a deutsche Muskelarbeit“ ist – so suggeriert es das Plakat – offenbar positiver Bezugspunkt und bedrohtes Objekt. Sie soll – zumindest liegt die Vermutung nahe - für geleistete Arbeit insgesamt stehen und eine angemessene Bezahlung dieses „1a“-Produkts anmahnen. Dass die Arbeit dabei zum einen „deutsch“ ist, zum anderen als „Muskelarbeit“ gekennzeichnet wird, macht das Plakat politisch hoch problematisch. Die Idee einer zu verteidigenden „deutschen“ Arbeit ist zumindest standortnationalistisch: Deine Arbeit ist Deutschland und ihre Bezahlung wird durch äußere Einflüsse (z.B. die EU) gefährdet. Anknüpfungsfähig ist diese Vorstellung aber auch für weitergehende Interpretationen einer Arbeit, die von Menschen mit deutschem Pass oder gar deutscher Abstammung geleistet wird (und vor der Gefährdung durch „undeutsche“ Arbeit bewahrt werden muss). Spätestens hier offenbart die Idee einer „deutschen“ Arbeit ihren reaktionären Charakter.

„Muskelarbeit“ eignet sich ebenso wenig als (allgemeiner) positiver Anknüpfungspunkt, sondern repräsentiert eine traditionelle und männlich konnotierte Vorstellung von Arbeit. KollegInnen aus dem Erziehungs- und Bildungsbereich, Kommunikations- und Dienstleistungsberufen dürften sich darin kaum wieder finden. „Muskelarbeit“ erinnert vielmehr an männliche Normalarbeit in der Produktion. Ein positiver Bezug auf diese Normalarbeit ignoriert die damit in der Regel einhergehende klassische Rollenaufteilung zwischen dem voll erwerbstätigen Muskelmann und seiner am heimischen Herd Hähnchen bratenden Frau. Statt zukunftsbezogenen Konzepte einer guten Arbeit zu entwickeln (Her mit dem schönen Leben!), verklärt „1a deutsche Muskelarbeit“ den „Status quo“.

Offen bleibt im Plakat darüber hinaus jede Frage nach Ursachen und Verantwortlichen. Sucht man



auf dem Plakat Verantwortliche, so findet man Frauen, PraktikantInnen, LeiharbeiterInnen, die ostdeutsche Bevölkerung und nicht zuletzt die EU, die durch den von ihnen verantworteten Lohnpreiskrieg eine gerechte Bezahlung der „1a deutschen Muskelarbeit“ verhindern. Ein anderer Widerspruch taucht auf dem Plakat hingegen erst gar nicht auf: Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Das Feindbild EU legt Standortnationalismus nahe (Es ist absolut nicht falsch, die EU für Standortkonkurrenz verantwortlich zu machen, aber auf die Standortkonkurrenz mit „1a deutsche Muskelarbeit“ zu antworten ist fatal). Die „Bedrohung“ durch Frauen, LeiharbeiterInnen und PraktikantInnen (und eventuell auch EU BürgerInnen), lässt die Frage offen, was daraus folgt: Geht es darum, die Entgelte der „deutschen Muskelarbeiter“ gegen diese Gruppen zu verteidigen? Oder sollen vielmehr die Rechte dieser Gruppen gestärkt werden, um eine gleiche (und gute) Bezahlung für alle zu garantieren? Insbesondere die Positionierung deutscher Gewerkschaften gegenüber ArbeiterInnen in der EU macht es leider nicht einfach, die erste Frage mit einem klaren „Nein“ und die zweite mit einem klaren „Ja“ zu beantworten. So plädierte der DGB etwa im Zuge der Osterweiterung wiederholt auf Einschränkung der „Arbeitnehmerfreizügigkeit“.

Ein für standortnationalistische und traditionalistische Positionen derart anknüpfungsfähiges Plakat ist – besonders zu einem Zeitpunkt, zu dem die politische Rechte versucht gestärkt aus der globalen ökonomischen Krise hervor zu gehen – nicht tolerierbar. Am Beispiel Großbritanniens kann man sehen, dass Kampagnen wie „British workers first!“ breit unterstützt werden von faschistischen Parteien wie der British National Party. Von Gewerkschaftsseite wird faschistischer Ideologie und rechten Positionen oft zu wenig entgegengesetzt. Beispiele dafür sind etwa der 1. Mai 2008 in Hamburg, an dem der DGB seine Demoroute aufmarschierenden Neonazis überließ oder das Beispiel des Gewerkschaftssekretärs Angelo Lucifero, der sich im März 2007 mit einer Schreckschusspistole gegen Neonazis zur Wehr setzte, woraufhin ihm die ver.di Landesleitung Sachsen/ Sachsen-Anhalt/ Thüringen jegliche Unterstützung und Solidarität verweigerte. Rechtsradikalismus stellt gleichzeitig auch für GewerkschafterInnen eine massive Bedrohung dar – wie unter anderem der Neonazi-Überfall auf einen Bus des DGB Nordhessen am 14.02.2009 zeigte.

Aus diesen Gründen fordern wir vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften:

- die Rücknahme und Nicht-Veröffentlichung des Plakats,
- eine konsequent internationalistische und gegen Standortkonkurrenz gerichtete Gewerkschaftspolitik,
- ein engagiertes und kontinuierliches Vorgehen gegen rechte Positionen innerhalb und außerhalb von Gewerkschaften
- sowie eine enge Zusammenarbeit mit linken Organisationen und sozialen Bewegungen - etwa im Rahmen der Demonstrationen „Wir zahlen nicht für eure Krise“ am 28. März 2009 – um auch und insbesondere in Zeiten der Krise gute Arbeit und ein „schönes Leben“ einzufordern.

**6. Auszug aus dem Buch „Volksgemeinschaft
statt Kapitalismus – Zur sozialen Demagogie der
Neonazis“ (Köln 2009)**

MARCUS MEIER

**»Wie die Heuschrecken
kommen sie über unser Land«**

Über die Fallstricke einer verkürzten Kapitalismuskritik

»Wie die Heuschrecken kommen sie über unser Land«

Über die Fallstricke einer verkürzten Kapitalismuskritik

Die NPD versteht sich schon seit einigen Jahren beim Thema Globalisierung als Verteidigerin eines völkischen Sozialstaates gegen das internationale Finanzkapital, das mehr oder weniger deutlich als jüdisch markiert wird. Auch in der sich seit 2007 zuspitzenden Banken- und Finanzkrise geißelt die NPD die »Verscherbelung von Wohnraum an internationale Heuschrecken«.¹⁶ Die Metapher gehört in Flugblättern und Stellungnahmen zum Agitationsarsenal der Partei.

Im Vorfeld der NRW-Wahlen 2005 erschien die Monatszeitschrift der NPD, *Deutsche Stimme*, unter der Überschrift »Würde Münte NPD wählen?«¹⁷. Dort wird von einer wichtigen Arbeitsteilung zwischen Müntefering und der NPD fabuliert. Letztere würde im Wahlkampf vehement den »Heuschrecken-Kapitalismus« geißeln, der SPD-Vorsitzende beackere dagegen die Massenmedien. In diesem Artikel wird noch etwas verquast von einer raumorientierten Volkswirtschaft zugunsten eines »vagabundierenden Globalismus«¹⁸ gesprochen. Eine gängige Argumentation in der Presse der extremen Rechten ist, wie es Detlev Rose im extrem rechten Theorieblatt *Nation & Europa* formuliert, die Stigmatisierung ausländischer Investoren, die Deutschland als »Jagdgebiet«¹⁹ auserkoren hätten. Es seien »Heuschrecken über Deutschland« zu sichten, die einen »Kahlfraß« vornähmen und deutsche Unternehmen ausschlachteteten. Es könne von »Plünderern«²⁰ gesprochen werden, die vorwiegend aus den USA kommend, die deutsche Wirtschaft zerstückelten. Nach und nach finde ein Ausverkauf der deutschen Wirtschaft statt, der einhergehe mit Entlassungswellen und zunehmender Arbeitslosigkeit. Wie zufällig werden in diesen Artikeln vor allem jüdische Unternehmer herausgegriffen, wie z. B. Samuel Israel III, der seine »Anleger um mehrere hundert Millionen Dollar geprellt«²¹ habe. Die US-Firma KKR sei die »Heuschrecke Nr. 1, die bevorzugt mit Goldman Sachs²² zusammenarbeite²³. Der Artikel von Rose endet mit einem SPD-Wahlkampf-Slogan: »Für den Gemeinsinn. Gegen die Gier. Genau!«²⁴. Und gegen die Rettung der HypoReal Estate polemisierte die NPD-Sachsen im Februar 2009 mit der Überschrift: »Ein Nachschlag für die Heuschrecke«.²⁵

Gerade hinter der Kritik der extremen Rechten am US-amerikanischen Finanzkapital im Zuge der »Heuschreckendebatte« steht

eine grundsätzliche Kritik an globalisierter Wirtschaftsentwicklung. Deutschland wird verstärkt als Opfer verstanden, das von außen bedroht und zersetzt werde. Die internationalisierte Wirtschaft zerstöre den »ländlichen Raum«, womit gleichzeitig ein Angriff auf die »identitätsstarken, ortsverwurzelten und solidaritätsfähigen Menschen«²⁶ verbunden sei. Die USA wird in diesem Zusammenhang als Inbegriff der Globalisierung und Verkörperung der »Anti-Nation«²⁷ verstanden. Garniert wird dieses Selbstverständnis mit klassischen antisemitischen Konnotationen. Was bei Rose noch als zufällige Verbindung daherkommt, beschreibt das sächsische NPD-Landtagsmitglied Jürgen Gansel, in traditioneller antisemitischer Manier. Die Globalisierung fände unter der »Führung des Großen Geldes« statt und sei seinem »Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos«, habe aber »seinen politisch-militärischen Standort vor allem an der Ostküste der USA«²⁸.

Martialisch bündelt Micha Togram, der die ›Antikapitalismus-Kampagne‹ der extremen Rechten auf www.antikap.de maßgeblich mit vorangetrieben hat, die Kritik an Finanzwirtschaft und internationalen Kapital. Die Nation sei als »letzte Barrikade gegen die Völker ausbeutung durch ›Heuschrecken‹ und Finanznomaden zu verteidigen bis zum Endsieg der bodenständigen Arbeit über ein wurzelloses Händlertum«²⁹.

Die extreme Rechte skandalisiert Teilaspekte der so genannten angloamerikanischen Form des Kapitalismus und verbindet sie mit den antisemitischen Symbolen des ›raffenden Kapitals‹ und des gierig spekulierenden Finanzjongleurs. Globalisierungs- und Kapitalismuskritik wird vorwiegend antisemitisch gegen das ›jüdische Finanzkapital‹ ausgerichtet. Gleichzeitig rekurriert sie nach dem historischen Vorbild der NSDAP auf weitere klassische antisemitische Stereotype.

Der Antagonist des Finanzkapitals ist das »schaffende Kapital«, das durch seine Heimatverbundenheit für die »ehrliche deutsche Produktionsweise«³⁰ stehe. Mit dieser inhaltlichen Setzung knüpft die extreme Rechte an die antisemitische ›Kapitalismuskritik‹ der NSDAP an. Den politischen Gegner der extremen Rechten fehlt es bisweilen an der nötigen Trennschärfe und Präzision ihrer Metaphorik und Kritik. Holger Oppenhäuser hat in diesem Kontext auf die verblüffende

Überschneidung zur »Heuschreckenkritik« der Gewerkschaften – insbesondere des IG-Metall-Titelbildes »Die Aussauger kommen« – und den Metaphern aus der NS-Zeit hingewiesen³¹. Aus Anlass des deutschen Handelstages am 19. November 1933 und im Auftrag des Hauptamtes für Handwerk und Handel der NSDAP, hat die UFA im Jahr 1934 einen Film mit dem Titel »Kaufmann – nicht Händler« gedreht. In diesem Film ist eine Zeichentricksequenz zu sehen, in der auf einer »schematisierten Deutschlandkarte [...], bärtige Figuren in Kaftanen aus dem Osten [einfliegen und das Land besetzen]: Die gleichen Figuren fliegen in Geschäftsbücher, in die Literatur, ins Theater, in die Universitäten, in die Kunst, in die Industrie, in die Rechtsprechung, in die Landwirtschaft: Zwischengeschnitten sind Karikaturen angeblich typisch jüdischer Physiognomien mit krummen Nasen und fetten Gesichtern mit Zigarre u. Monokel.«³² Oppenhäuser hält fest: »Wer diese Trickbilder kennt, wird eine frappierende Ähnlichkeit mit der Bebilderung des Aussaugertitelbildes der Zeitschrift *metall* feststellen, in der die IG Metall die von Müntefering ausgelöste Debatte aufgreift«³³. Nicht nur dieser Fund zeigt klare Überschneidungen zwischen dieser Form der »Kapitalismuskritik« und der extremen Rechten auf. Auch an weiteren historischen Belegen können die Zusammenhänge zwischen der Darstellung von Juden als Insekten, die das deutsche Volk heimtückisch zersetzen und zerstören wollen, und antisemitischen Stereotypen klar aufgezeigt werden. Im *Stürmer* und in anderen Hetzzeitschriften der NSDAP war der Vergleich von Juden mit Insekten an der Tagesordnung. Die historisch diffamierende Stigmatisierung von Juden im Bild des Insektes kann exemplarisch an diesem Auszug von Ernst Hiemers³⁴ Buch *Der Pudelmopsdackelpinscher*, das im Stürmer-Verlag 1940 erschien, gezeigt werden: »Was Heuschrecken, Nonnen und Kieferneulen unter den Tieren sind, das sind die Juden unter den Menschen. Solange Juden nur vereinzelt auftreten, sind sie nicht gefährlich. Aber von dem Augenblick an, wo sie massenweise zu uns kommen, werden sie eine grauenhafte Landplage. [...]. Eine Landplage, schlimmer noch als die Heuschreckenschwärme, schlimmer noch als die Nonnen, schlimmer noch als die Kieferneulen! [...]. Das deutsche Volk hat aus der Geschichte gelernt.

Es kennt die Juden und kennt die jüdische Geschichte. Und darum kämpft es unerbittlich gegen den Weltfeind an«³⁵.

Im *Stürmer* wird dieses Buch von Hiemer ausführlich besprochen und deshalb gelobt: »Gerade durch diese stetigen Vergleiche [zwischen Mensch und Tier; Anmerk. M. M.] erschließt sich dem Leser in einmaliger Weise das Wissen um den größten Schmarotzer aller Zeiten, den Juden«³⁶. Das Bild vom ›Juden‹ als verschlagenen, hakennasigen und geldgierigen Ausbeuter, der durch verschiedene Parasitenausformungen symbolisiert und als Antipoden zu »den« Deutschen stigmatisiert wird, hat eine lange Geschichte. Im Dritten Reich wurde dieses antisemitische Bild zur allgemein gültigen Maxime.

Ähnlich wie die NSDAP versuchen auch große Teile der extremen Rechten Auswüchse des Kapitalismus zu politisieren. Die NPD beispielsweise knüpft nahtlos an die NS-Ideologie an, indem sie die Solidarität mit dem ›schaffenden Kapital‹ beschwört und daraus den Schluss zieht, die deutschen Unternehmer stünden immer stärker unter dem Druck ausländischer Kapitalgeber und deren Renditeforderungen. Sie beklagt die ›Zinswirtschaft‹ sowie die Weltherrschaft des ›volksfremden‹, ›heimatlosen‹ und internationalen Finanzkapitals³⁷. Das ›heimische‹ Kapital bleibt in dieser Kritik außen vor, während dem ›raffenden Fremdkapital‹ Enteignung und Schutzzölle angedroht werden. Resultat dieses Selbstverständnisses ist die Konstruktion einer naturalistischen bzw. biologistischen Deutung ökonomischer Zusammenhänge, in dem alle an ihrem richtigen Platz tätig sind (›Arbeiter der Faust und der Stirn‹) und jeder seinen Teil für das Wohl der Volksgemeinschaft beiträgt³⁸.

Weitere Beispiele für deutsch-nationalistische und antisemitische Hetze, die nicht geduldet werden darf!



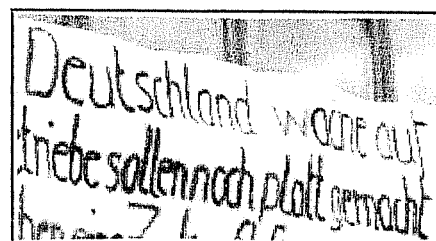
Antipolnische Hetze beim AEG-Streik in Nürnberg (2006)



Deutschnationalistische IGM-Tafel beim AEG-Streik in Nürnberg (2006)



Antisemitische Hetze beim Streik bei Telekom 2007 in München – „extra sozialverträglich“ steht auf der ver.di-Sprühdose



Ein Transparent mit der Nazi-Hetze „Deutschland wache auf!“ hing 2007 beim bike systems-Streik in Nordhausen aus einem Fabrikfenster